

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stz Dresden), Lillengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Pettzelle 30 Pfg., für Mitgliedskarten 20 Pfg.

Unsre Arbeit.

Wenn wir wieder einmal von unsrer Arbeit reden, d. h. an einigen Beispielen zeigen wollen, was wir leisteten, und noch zu leisten gedenken, so wissen wir, daß es etliche geben wird, die das Blatt umdrehen, um nach „interessanteren“ Stoff zu suchen. Es sind dies Kollegen, die alles schon wissen und denen überhaupt wenig Neues gesagt werden kann. Oder solche, die es für überflüssig halten, daß schon einmal Besagtes wiederholt wird. Aber wir haben wohl noch Mitglieder, die es noch nicht so weit gebracht haben wie jene und ganz gern ihr Gedächtnis etwas auffrischen lassen. Das sind auch meist diejenigen, die am Aufbau des Verbandes wirklich nach besten Können voll Lust und Liebe mitarbeiten. Außerdem haben wir glücklicherweise täglich Zustrom junger Kräfte, denen auf anderm Wege, als durch das Organ, nicht immer die praktischen Leistungen des Verbandes in kurzem Zusammenhang vorgeführt werden können, sich aber auch freuen, wenn sie nachgewiesen erhalten, was schon geschaffen wurde und noch werden soll.

Betrachten wir also zunächst einmal unsre Mitgliederzahl selber, von der ja in erster Linie die Wirksamkeit unsres Schaffens abhängt. Wir greifen bei unsern Vergleichen nur zweimal fünf Jahre zurück.

Im Durchschnitt des vorigen Jahres zählten wir 16 724 männliche und 1368 weibliche, zusammen 18 092 Mitglieder. Fünf Jahre früher, 1903, waren es im Jahresdurchschnitt insgesamt erst 5565 und für 1898 wird im damaligen Jahresbericht gesagt, daß im Durchschnitt 2300 regelmäßig zahlende Mitglieder vorhanden waren.

Selbst wenn wir in Betracht ziehen, daß das Jahr 1907 die Verschmelzung mit den Konditoren brachte und uns dadurch 1982 Mitglieder mit einmal zugeführt worden sind, so kann sich — wir denken wenigstens — die rein organisatorische Arbeit des Verbandes doch sehen lassen! Denn wenn wir in unserm Wachstum auch nicht mit Riesenschritten vorwärts stürmen, und noch immer der größte Teil der Berufsangehörigen erst gewonnen werden soll, so wollen wir doch nicht vergessen, daß bisher unsre Mitglieder fast ausschließlich in den denkbar kleinsten Betrieben mühsam zusammengepflückt werden mußten. Und doch gelang es uns in so erfreulichem Maße, zu den in verschlossenen Backhöhlen frondenden Kollegen vorzudringen und ihnen die Erkenntnis zu bringen!

Mühe und Arbeit ist also nicht umsonst gewesen — das törichte und verzagte Wort: „Es nützt ja doch nichts!“ haben wir schon in bezug auf unsre rein organisatorischen Fortschritte zusehen gemacht. Außer dem festen Unterbau sind in immer schnellerer Folge bereits mehrere stattliche Stockwerke des Verbandsgebäudes, in welchem hoffentlich recht bald die große Mehrzahl der gesamten deutschen Kollegenschaft ihr Heim sieht, aufgerichtet worden.

Sehen wir uns aber jetzt einmal die Leistungen der Organisation, den Nutzen, den sie den Mitgliedern und den Berufsangehörigen im allgemeinen brachte, an. Wir nehmen da zunächst dasjenige Gebiet, das zwar nicht Zweck der modernen Gewerkschaftsorganisationen an sich ist, aber doch immerhin als ein recht gutes Mittel zum eigentlichen Zwecke derselben: Erklämpfung wahrhaft menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, erprobt wurde. Wir meinen die Unterstützungseinrichtungen, die bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Ortswechsel, besonderen Notfällen und im Sterbefälle den Mitgliedern resp. deren Angehörigen zu Gebote stehen. Streik und Gemahregeltenunterstützung, sowie Rechtshilfen und dergleichen wollen wir hier ausschalten, da sie bei Ausföchtung unsrer Kämpfe als Munition zu betrachten sind und besonders behandelt werden sollen.

Für die genannten Unterstützungszweige ist vor zehn Jahren, 1898, von der Hauptkasse überhaupt noch kein Pfennig gezahlt worden; diese Einrichtungen bestanden noch gar nicht, weil die Mitglieder sich noch nicht daran gewöhnt hatten, die dazu notwendigen höheren Beiträge zu zahlen. Es gab nur Reiseunterstützung durch die örtlichen Verwaltungen, und diese haben im genannten Jahre insgesamt M. 486,35 ausgezahlt. Fünf Jahre später, 1903, war die Entwicklung soweit vorgeschritten, daß bereits M. 24 336,20 von der Hauptkasse ausgezahlt werden konnten und im Jahre 1908 kamen nicht weniger als M. 110 224,35 den Mitgliedern in den verschiedenen Unterstützungszweigen wieder zugute! Auf jeden Kopf der 5565 Mitglieder entfielen im Jahre 1903 durchschnittlich M. 4,37, auf die 18 092 Mitglieder im Jahre 1908 dagegen M. 6,09. An Unterstützungstagen kamen 1903 nur 21 544, 1908 aber 97 911 in Frage! Wenn wir die gesamte Summe, die in dem letzten Dezenium ausgezahlt wurde, zerlegen, so finden wir, daß in der ersten Hälfte desselben M. 27 865,20, in der zweiten dagegen M. 315 029,25 in Betracht kommen.

Wir meinen, schon diese Zahlen reden so deutlich vom Werte des Verbandes für unsre Kollegenschaft, daß weitere Worte hier überflüssig sind.

Doch alle diese Leistungen wurden ja nur vollbracht, um die Mannschaften zwischen den Lohnkämpfen, in den Wechselfällen des Arbeiterlebens zu unterstützen, ihnen eine Weihilfe zu gewähren, wenn die herrliche kapitalistische Gesellschaftsordnung ihnen gar zu sehr mißspielte. Untersuchen wir jetzt soweit wie möglich zahlenmäßig, was der Verband direkt für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse tat. Auch hier wollen wir zuerst die Kosten der Kämpfe, also die Aufwendungen für Streit, Gemahregeltenunterstützung und für Rechtsschutz, sowie die sonstigen direkten Ausgaben für Lohnbewegungen und Boykotts anführen, auch andre Ausgaben zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges gehören hierher. Natürlich stellen wir nur zusammen, was die Hauptkasse, und zwar für die Kämpfe im eignen Beruf leistete; alle durch die Lokalkassen aufgebrauchten ebenfalls sehr beträchtlichen Mittel sind außer Betracht gelassen.

Wir finden dann, daß in den Jahren von 1899 bis mit 1903 verausgabt wurden M. 20 673,18, dagegen in den nächsten fünf Jahren nicht weniger als M. 116 224,53. Wir sehen also schon hieran, daß in den letzten Jahren die Tätigkeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unsrer Kollegenschaft ganz bedeutend gesteigert worden ist und daß der Verband nach jeder Richtung seine Verpflichtungen zu erfüllen suchte.

Und was erreichte er tatsächlich? Entsprechen die Erfolge den Opfern und den Mühen? Auch das läßt sich, dank unsrer statistischen Erhebungen für die letzten Jahre ziemlich genau zahlenmäßig belegen. Wir wollen uns an diese halten.

In erster Linie galt unsern Kämpfen zunächst der Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, des stärksten Bollwerkes gegen jede durchgreifende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse überhaupt. Schon die Beseitigung desselben an sich, selbst wenn gleichzeitig andre Vorteile, wie höherer Lohn, Arbeitszeitverkürzung oder dergleichen, nicht erreicht werden konnten, ist ein kultureller Gewinn für die Kollegenschaft, weil mit dem Fall dieses Zwanges Jeder zunächst erst einmal aus einem Anechtsverhältnis in das eines freien Arbeiters eintritt. Und wir sehen da, daß, als 1901 die Kollegen nach den Kost- und Logisverhältnissen befragt wurden, unter 20 686 nur 3229, gleich 15,5 pZt., keine Kost und Wohnung beim Meister hatten, 1908 dagegen von 36 365 Befragten bereits 10 918, gleich 30 pZt., von dieser Fessel befreit waren! Daß heißt vollständig befreit, wir wissen ja, daß bei der Hartnäckigkeit, mit welcher unsre Unternehmer diese

mittelalterliche Institution verteidigen, wir uns oft mit teilweiser Beseitigung, also entweder Wegfall der Kost oder der Wohnung zunächst begnügen müssen.

Daß wir alle Fortschritte auf diesem Gebiet einzig und allein unsern Kämpfen zu verdanken haben, wird am besten durch die Zustände bei den Konditoren (Backgehilfen) bewiesen, welche sich noch nicht dazu verstehen konnten, energisch diese Forderungen aufzustellen. Von 3698 Konditoren hatten im Jahre 1908 nur 666, gleich 18,3 pZt., reinen Barlohn und diese sind sicher zum größten Teile in Bäckereibetrieben beschäftigt, wo die Bäcker das alte System über den Haufen warfen, so daß der Konditor gewissermaßen ganz unschuldiger Weise zu seinen Vorteil kam. Wurden doch allein im Jahre 1907, direkt durch unsre Bewegungen, Kost und Logis für 1203 Bäcker gänzlich und für 301 wenigstens die Kost im Hause des Meisters beseitigt.

Besonders groß waren weiter unsre Erfolge in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, wenn diese auch im allgemeinen in unsern Betrieben heute noch viel länger ausgebeht ist, als in andern Berufen. Daß ist jedoch eben der Fluch des Kost- und Logiszwanges; ihm ist es zu danken, daß wir heute erst in schweren Kämpfen herausholen müssen, worüber andre Arbeitergruppen längst zur Tagesordnung übergegangen sind. Wie flott wir aber auf dem Marsche noch vorwärts sind, tritt uns besonders bei Betrachtung der Erfolge des Jahres 1907 vor Augen. Es wurde in diesem Jahre für 7605 beteiligte Kollegen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit um 33 799 Stunden errungen. In diese Arbeitszeitverkürzung sind natürlich die für 1210 Kollegen errungenen jährlichen Ferien von drei Tagen bis zu einer Woche (letzteres für 1144 Kollegen, also die übergroße Mehrzahl derselben), Dauer nicht mit eingerechnet!

Bei den Lohnkämpfen 1908 wurde eine Arbeitszeitverkürzung erreicht für 1507 Beteiligte von 4462 Stunden pro Woche.

Auch in bezug auf die Löhne können sich unsre Erfolge sehen lassen.

Für 9722 beteiligte Kollegen wurde 1907 M. 18 894 wöchentliche Lohnzulage erreicht und 1908 für 2792 Beteiligte M. 4440 pro Woche. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß in dem gewaltigen Kampfe in Berlin, der in das Jahr 1907 fiel, gar keine Forderung auf Erhöhung des Wochenlohnes gestellt wurde, sondern die dortigen Kollegen nur einzig und allein den freien Tag in der Woche sich erkämpfen wollten. Ferner wurde 1907 für 8635 Kollegen ein höherer Lohnaufschlag für Überstunden, oder überhaupt erst die besondere Bezahlung der Überstunden erreicht, und für 373 Kollegen konnte ein Lohnaufschlag für Sonntagsarbeit herausgeschlagen werden.

Was wir hier zeigten, sind nur Einzelheiten unsres Wirkens, und erschöpft natürlich lange nicht unser gesamtes Arbeiten. Unsre Erfolge in bezug auf den Ruhetag in jeder Woche, an den vor zehn Jahren noch kein Kollege ernstlich zu denken wagte, oder in bezug auf Gewährung von regelmäßigen Ferien, auf Freigabe von Nächten an den drei hohen Festen, haben allerdings noch lange nicht den gewünschten Umfang angenommen, aber von Jahr zu Jahr ist auch hier Boden gewonnen und in den Großstädten und in den Großbetrieben sind diese Forderungen, dank unsrer unablässigen Propaganda, bereits zum Angelpunkt gemorden, um den sich alles Streben der Kollegenschaft dreht.

Das Gesamtbild unsres Wirkens ist also ein durchaus erfreuliches zu nennen; sollen wir es noch durch Einzelbeispiele illustrieren? Wir brauchen ja bloß die Namen Hamburg, Berlin, München zu nennen und jeder Kollege, der nicht ganz verschlafen auf dem Erdboden herumläuft, muß wissen, was dort geleistet wurde. Wir können also

flüchtig Einzelheiten sparen. Nur auf die Münchener Verhältnisse noch einige Worte, weil uns da ein paar ältere Vergleichszahlen zur Hand sind. In einer Statistik aus dem Jahre 1890, herausgegeben von Anton Seibl, finden wir, daß damals von 607 Gehilfen nicht weniger als 505 noch eine regelmäßige Arbeitszeit über zwölf Stunden — bis 20 hinauf! — hatten. Heute muß man den gesetzlichen Maximalarbeitsstag überall einhalten; für erlaubte Überstunden sind 40 % extra zu vergüten und nach einjähriger Beschäftigung muß wenigstens schon vier Tage und nach zweijähriger eine Woche Urlaub, unter Fortbezug des Lohnes, gewährt werden.

Und von 104 damals in München außer Kost stehenden Gehilfen, die wohl zum großen Teil verheiratet gewesen sein mögen, hatten 75 einen Wochenlohn bis höchstens M 20, (31 sogar unter M 15), während jetzt jeder Hinterpostler, laut Tarif, in der ersten Klasse M 22,25 und in der zweiten M 20,25 erhält, ein Lohn, der am 1. April 1911 wieder wie alle andern um eine Mark erhöht werden muß.

Überall erblicken wir also Fortschritt und die Mitglieder der Organisation haben alle Ursache, das Wirken des Verbandes ständig den noch indifferenten Kollegen zu zeigen, damit auch diese immermehr erkennen, daß sie allein die Schuld tragen, wenn die Erfolge nicht noch größere sind. Stehen wir doch trotz allem noch am Beginn unserer Kämpfe. Denn was wir erreichten, kommt immer erst einem Bruchteile der Kollegenschaft zu gute. Das Kost- und Logiswesen muß aber für alle fallen und einen freien Tag in der Woche müssen unsere Kollegen eben so unbestritten ihr eigen nennen, wie die andern Arbeiter. Und noch haben wir so gut wie gar keinen Einfluß auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und in Bezug auf die übermäßige Ausbildung von Gehilfen, d. h. auf die sogenannte Lehrlingszüchterei, die in ihren Folgen ein fast ebenso großes Hindernis jeder Besserung der Berufsverhältnisse bildet, wie das Kost- und Logiswesen. Immer näher rückt auch die Zeit, wo die deutsche Kollegenschaft in gleicher Weise wie die des Auslandes zur Abschaffung der Nachtarbeit Stellung nehmen muß.

Arbeitsnachweis, Lehrlingszüchterei, Abschaffung der Nachtarbeit sind jedoch drei Fragen, zu deren Lösung in noch viel höherem Maße eine kräftige Organisation notwendig ist als zu andern. Deshalb ist es nunmehr doppelte Pflicht jedes Mitgliedes, kräftig am weiteren Vortrittschreiten der Organisation mitzuarbeiten und ihr sein Wissen und Können, seine persönliche Mitarbeit nicht vorzuenthalten; denn wer nur halb warm, halb kalt nebenherläuft, wird ihr schließlich zu einem größeren Missegen, als die ganz Abseitsstehenden!

Die Notwendigkeit eines einheitlichen Heilverfahrens für die verunglückten Arbeiter.

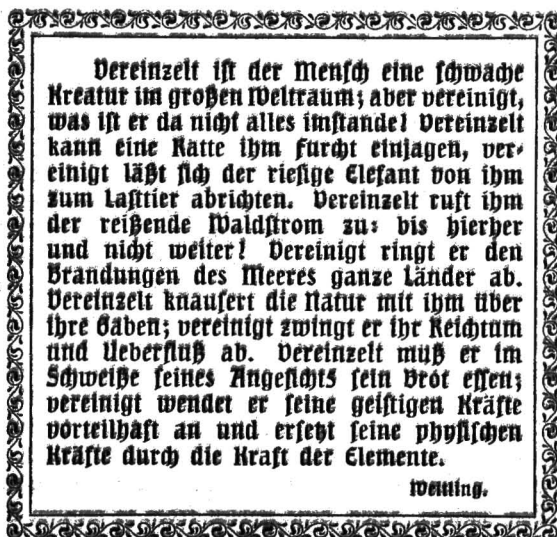
gh. Einer der schlimmsten Missetände unserer Arbeiterversicherung liegt darin, daß der verunglückte Arbeiter in der Regel während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall von seinem Krankenkassenarzt, nach Ablauf dieser Zeit dagegen von dem Arzt der Berufsgenossenschaft behandelt wird. Oft genug wird infolge dieses unfinnigen „Medizinsuffizienzes“ der verunglückte Arbeiter vom Beginn der 14. Woche, nach dem Unfall, einem ganz andern Heilverfahren unterzogen als in der ersten Zeit seiner Krankheit. Daß dies sehr nachteilig für die möglichst schnelle und gründliche Heilung der verunglückten Arbeiter ist, liegt auf der Hand. Daher sollte schon um diesen Missetand zu vermeiden, die gesamte Arbeiterversicherung einheitlich durchgeführt werden. Leider wird aber dieses Ziel auch bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung nicht erreicht werden. Allerdings haben die Berufsgenossenschaften nach den Bestimmungen der Unfallversicherungs-gesetze das Recht, eine einheitliche Behandlung der verunglückten Arbeiter in der ganzen Zeit der Krankheit herbeizuführen. Sie können den Krankenkassen die Fürsorge für den Verletzten über den Beginn der 14. Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilverfahrens gegen Ersatz der Unkosten übertragen. Andererseits sind die Berufsgenossenschaften auch berechtigt, das Heilverfahren schon gleich nach dem Unfall vom Beginn der Krankheit an zu übernehmen. Letzteres wäre mit Rücksicht auf eine möglichst schnelle und gründliche Heilung der Verletzten sicher das Beste. Jedoch haben die Berufsgenossenschaften auch hier — wie überhaupt auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge — versagt. Die meisten Berufsgenossenschaften übernehmen das Heilverfahren während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall nur in einer verschwindend kleinen Zahl von Fällen. Und das, trotzdem auch das Reichsversicherungsamt von jeher in den frühzeitigen Heilverfahren der Berufsgenossenschaften ein sehr geeignetes Mittel erblickt hat, die Verletzten, wenn irgend möglich, völlig wieder herzustellen, und die schädlichen Folgen der Unfälle zu verringern. Das Reichsversicherungsamt hat denn auch eine richtige Auswahl der Fälle, sowie rechtzeitige Übernahme und sorgfältige Ausgestaltung des Heilverfahrens den Berufsgenossenschaften wiederholt empfohlen.

In der letzten Zeit hat das Reichsversicherungsamt ganz besonders dankenswerte Vorarbeiten in Bezug auf die Durchführung eines einheitlichen Heilverfahrens durch die Berufsgenossenschaften ausgeführt. Es hat eine besondere Umfrage darüber veranstaltet, wie die einzelnen Berufsgenossenschaften bei der Übernahme des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen vorgehen. Dann hat der Präsident des Reichsversicherungsamts ein Rundschreiben an einige Ärzte gerichtet, die auf diesem Gebiete besonders

erfahren sind, um die praktischen Beobachtungen in der Sache kennen zu lernen. Endlich hat das Reichsversicherungsamt mehrere gewerbliche Berufsgenossenschaften aufgefordert, ihre Ansicht, die sie geäußert hatten, daß sie nämlich mit der Übernahme des Heilverfahrens während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall nicht allein gute Heilerfolge erzielt, sondern auch Rentenbeiträge in nicht unerheblichem Maße erspart haben, näher zu erläutern. Ferner erbat das Reichsversicherungsamt von zwei gewerblichen Berufsgenossenschaften, die nach ihrer Versicherung mit der Übernahme des Heilverfahrens in finanzieller Beziehung schlechte Erfahrungen gemacht haben, eine genaue Zusammenstellung der Zahlen darüber.

Über das Ergebnis, das diese Bemühungen des Reichsversicherungsamts gehabt haben, veröffentlicht Herr Dr. G. A. Klein, Kaiserlicher Geh. Regierungsrat, in der letzten Nummer des Zentralblattes der Reichsversicherung einen vorläufigen Bericht. Nach demselben hat sich zunächst eine überaus große Verschiedenheit der Grundzüge ergeben, die die Berufsgenossenschaften bei der Übernahme des Heilverfahrens befolgen. Neben machen Bemerkungen verständnisvoller und erfolgreicher Betätigung einer Anzahl von Berufsgenossenschaften auf diesem wichtigen Gebiete ist zu erfahren, daß vielfach noch nicht in dem gebotenen Umfange und in geeigneter Weise vorgegangen wird. Die befragten, erfahrenen Ärzte stehen ausnahmslos der Übernahme des Heilverfahrens während der ersten 14 Wochen nach dem Unfälle durch die Berufsgenossenschaften günstig gegenüber. Schließlich kommt der Berichtsherausgeber auf Grund des geltenden Rechts und der praktischen Erfahrungen zu folgenden Vorschlägen:

1. Ein rechtzeitiges und wirksames Heilverfahren der Unfallverletzten liegt im Interesse aller Beteiligten, der Verletzten ebenso wie insbesondere auch der Berufsgenossenschaften usw. als Träger der Unfallversicherung, denen die



frühzeitige Übernahme des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall nur aufs angelegentlichste empfohlen werden kann.

2. Es ist hinzuwirken auf eine möglichst frühzeitige Unfallmeldung (Unfallanzeige) mit genauer Beschreibung des Vorganges und insbesondere der Folgen des Unfalles. Ein schleuniger ärztlicher Befundbericht erscheint erwünscht.

3. Eine möglichst sofortige Durchsicht der Unfallanzeigen bei der Berufsgenossenschaft (Sektion) erscheint geboten, gegebenenfalls unter Heranziehung eines Arztes.

4. Schneller Entschluß über die Übernahme eines Heilverfahrens durch ein Organ, das die einschlägigen Verhältnisse (auch bei den Krankenkassen, den behandelnden Ärzten usw.) kennt.

5. Wichtige Auswahl der Fälle. Diese an sich medizinische Frage wird im einzelnen Falle vielfach durch die örtlichen Verhältnisse bei den Verletzten, den Krankenkassen, den behandelnden Ärzten usw. beeinflusst.

6. Die Art der Behandlung hat sich nach dem einzelnen Falle zu richten. Sachärzte für ausgesprochene Spezialleiden (Augenverletzungen, Nervenleiden usw.). Die Ausbildung der Ärzte in der Unfallheilkunde ist von den Versicherungsträgern zu fördern, ebenso die Einrichtung von Heilanstalten für Unfallverletzte.

7. Eine Überwachung der zunächst nicht übernommenen Fälle durch Anfragen bei dem Arbeitgeber, der Krankenkasse, dem behandelnden Arzte, dem Vertrauensmann, der Gemeinbeschwerter auf dem Lande usw., auch durch persönliche Vorstellung im Genossenschafts- (Sektions-) Bureau erweist sich von Nutzen.

8. Um die vielfachen Aufgaben und Interessen, die den Berufsgenossenschaften und den Sektionen, den Krankenkassen und Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung in einem brüderlichen Geiste gemeinsam sind, zu fördern, empfehlen sich Vereinbarungen der Beteiligten und lokale Vereinigungen.

Diese Vorschläge verdienen die Beachtung auch der Arbeiter. Wo sich die Gelegenheit dazu bietet, sollten die Arbeiter darauf dringen, daß den Verunglückten gleich nach dem Unfall eine angemessene und gründliche, planmäßige Behandlung zuteil wird. Freilich haben die Arbeiter keinen Einfluß auf die Praxis der Berufsgenossenschaften. Das ist auch der Grund, weshalb die Berufsgenossenschaften auf diesem Gebiete ihre Aufgabe so schlecht erfüllen. Denn die Entscheidung sowohl darüber, ob in dem einzelnen Falle das Heilverfahren von der Berufsgenossenschaft übernommen und in welcher Weise es durchgeführt werden soll, kann wirklich sachgemäß nicht nach den Grundätzen der Unternehmer, die in erster Linie soviel als möglich an den Ausgaben „für die Arbeiter“ sparen wollen, getroffen werden, sondern muß aus den besonderen Verhältnissen der Arbeiter heraus erfolgen. Deshalb darf den Arbeitern nicht länger der maßgebende Einfluß auf die Praxis der Unfallversicherung vorenthalten werden, wenn die Heilbehandlung der verunglückten Arbeiter so verbessert werden soll, wie es notwendig ist.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Lohnbewegung in Harburg. Am 18. Oktober fand eine Mitgliederversammlung der Zehlfelle Harburg statt, in welcher der Gesellenausschuß Bericht erstattete über die weiteren Verhandlungen mit der Innung. Die Innungsbekanntmachung vom 11. Oktober, in welcher der Kollege Biermann vom Gesellenausschuß die Forderungen begründete, hat seinen Schritt entgegenkommen gezeigt, sondern nur einfach das bestätigt, was der Innungsvorstand dem Gesellenausschuß in den Verhandlungen angeboten hat. Nach diesen Verhandlungen war das letzte Angebot der Innung:

1. Gesellen, die Kost und Logis nicht beim Meister haben, Mindestlohn M 24 pro Woche. Mindestlohn der Gesellen, die beim Meister in Kost und Logis bleiben, M 11, und der Junggefelln im ersten Halbjahr nach der Lehre und der Zugerstellten für die gleiche Zeitdauer M 10.

2. Zuschläge für Gesellen werden pro Tag mit M 4 und für Wertmeister mit M 5 bezahlt.

3. Die tägliche Arbeitszeit ist die nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässige. — Es bleibt der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen überlassen, in welcher Weise durch Mehrarbeit geleistete Überstunden bezahlt werden sollen.

4. Jedem Gesellen soll nach Möglichkeit ein freier Abend in der Woche gewährt werden.

Nach dem Bericht des Gesellenausschusses erörterte der Verbandsvorstand in längerer Ausführungen die Frage, was nun geschehen solle. Er war der Meinung, daß man in aller Ruhe und Sachlichkeit überlegen und beraten müsse, ob es zweckmäßig sei, jetzt, zu ziemlich unglücklicher Zeit, und mit einer großen Anzahl erst kurze Zeit organisierter Kollegen den offenen Kampf, Streik und Boykott zu wagen, oder ob es nicht taktischer Klüger sei, mit dem winzigen Angebot der Innung uns zunächst zufrieden zu geben und dann mit aller Kraft weiter an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten, um zu günstiger Zeit erneut mit zeitgemäßen Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Redner konnte sich nur für das letztere entscheiden; denn ein Tarifvertrag wäre nicht abgeschlossen, und die Kollegen hätten somit freie Hand, zu gelegener Zeit ihre Forderungen neu zu erheben. Die Mehrzahl der nachfolgenden Redner teilte diesen Standpunkt, während Kollege Hofe den Vorschlag machte, das Gewerbegericht als Sitzungsamt anzurufen. Aus taktischen Gründen wandten sich Almann und noch verschiedene andere Redner gegen diesen Vorschlag, und nachdem noch lange Zeit in sachlicher Weise die Frage ventiliert worden war, wurde zur Abstimmung geschritten. Die Versammlung beschloß, sich zunächst mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden zu geben, dem Gesellenausschuß für seine Mühe zu danken und alles daran zu setzen, daß die winzigen Verbesserungen, welche die Verhandlungen gebracht haben, in allen Betrieben korrekt durchgeführt werden. Die Kollegen versprachen, alles daran zu setzen, die Organisation weiter zu stärken und auszubauen, und dann würde auch bald die Zeit kommen, wo wir uns das, was wir wegen der Rückständigkeit der Meister jetzt noch nicht erreichen konnten, erkämpfen können. Goffentlich wird nun in Harburg weiter in reger Weise an der Bildung und Schulung der Mitglieder in den Fragen der Führung gewerkschaftlicher Kämpfe gearbeitet, aber auch ebensoviele daran, die wenigen Kollegen, die noch nicht dem Verbande angehören, noch mit für den Verband als Mitglieder zu gewinnen. Wenn das geschieht, dürfte es auch in Harburg bald möglich sein, bessere Erfolge in der Verbesserung unserer Lage zu erzielen.

Lohnbewegung in der Schokoladen- und Kakaofabrik von P. W. Gaedte, Hamburg-Eppendorf. Über die ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in obengenanntem Betriebe ist die Öffentlichkeit schon des öfteren unterrichtet worden, ohne daß dadurch die Betriebsleitung sich bemüht hätte, einigermaßen Wandel zu schaffen. Im Gegenteil, man versuchte durch allerlei Mittel, wie Verteilung von frommen Traktäthen und sogar von Zeitungen des gelben Bundes, die dortige Arbeiterklasse einzulullen und einzuschüchtern, damit sie von direkten Forderungen abgesehen werde. Die Verluste sind aber gänzlich mangelhaft. Einer nachhaltigen Agitation des Verbandes gelang es, den Betrieb in seiner übergroßen Mehrheit zu organisieren, und so konnte endlich mit Aussicht auf Erfolg in eine Lohnbewegung eingetreten werden. Die Forderungen sind noch äußerst minimale und können mit denen anderer Arbeitergruppen in Hamburg nicht in Vergleich gestellt werden, weil die gegenwärtigen Zustände bei Gaedte im Durchschnitt noch schlechter sind als die in der Schokoladen- und Bismarckwarenindustrie überhaupt. Verlangt worden ist in der Hauptsache für die Arbeiterinnen ein Anfangslohn von 20 %, für die Arbeiter von 40 % pro Stunde. Gewiß der Gipfel der Bescheidenheit. Aber trotzdem lehnte die Betriebsleitung rundweg Verhandlungen mit der Organisation ab und brachte es sogar fertig, die Annahme des eingeschriebenen Briefes, in dem der Verband ihre Forderungen aufstellte, zu verweigern. Sie will nur mit dem Fabrik-ausschuß verhandeln. Da, wie gesagt, fast der ganze Betrieb organisiert ist, will der Verband auf die Form der Verhandlungen keinen Wert legen, versichert aber der Direktion, daß sie diesmal mit leeren Versprechungen an die Arbeiterschaft nicht davon kommt, und daß diese nicht gesonnen ist, ihre bescheidenen Wünsche auf die lange Bank schieben zu lassen! Durch Inserate, Fabrikanschläge und persönliche Demütigungen des Inspektors unter den Arbeitelosen auf dem Gänjemarkt werden jetzt mit Hochdruck besonders Arbeiterinnen gesucht. Bis zur Celebation der Differenzen ist Bezug streng fernzuhalten!

Nachtrag. Am 19. Oktober besaßte sich eine stark besuchte Vertriebsversammlung mit dem Bericht des Fabrik-ausschusses, welcher letzterer am Tage vorher mit der Betriebsleitung über die Forderungen unterhandelt hatte. Leider wußte der Ausschuß nur über ein ganz ungenügendes Entgegenkommen der Fabrikdirektion zu berichten. Man hatte geboten: Den männlichen Arbeitern über 21 Jahre einen Anfangslohn von 35 %, den minorrennen Arbeitern 32 %, den Arbeiterinnen unter 18 Jahren 18 %, den über 18 Jahre alten unverheirateten Arbeiterinnen 19 %, und den verheirateten 20 %. Überstunden sollten mit 10, Sonntagsarbeit mit 20, und Nachtarbeit mit 25 pZt. Zuschlag bezahlt werden. In den Tagen vor den drei höchsten Festen will man die zehn Stunden voll bezahlen, an den andern Sonntagen aber

den früheren Schluß vom Lohne abziehen. Alle Verhandlungen waren außerdem nur vorbehaltlich der Genehmigung gegeben, d. h. der Genehmigung der Gesellschafter des Unternehmens, da dasselbe jetzt vor der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft steht. Mit diesen wichtigen Sägen, die obenstehend noch in der Luft schweben, konnte sich die Versammlung nicht einverstanden erklären und sie beauftragte deshalb den Ausschuß, bei den verschiedenen Positionen einige Erhöhungen zu fordern, sowie am Donnerstag, 21. Oktober, bereits wieder Bericht zu geben, da sie ihre Entscheidungen so bald wie möglich treffen will.

Internationales.

Landesversammlung der belgischen Bäcker in Brüssel. Sonntag, 12. September, wurde in Brüssel eine nationale Versammlung der Bäcker aller Richtungen abgehalten. Die Tagesordnung lautete: Abschaffung der Nacharbeit, Einführung der Sonntagsruhe und sechstägige Arbeitswoche. Ueber tausend Kollegen waren aus dem ganzen Lande zusammengekommen. Die Brüsseler Delegierten, de Wit und de Kook schilderten die Zustände in den Brotfabriken und Bäckereien in Brüssel; an der Hand von Tatsachen führten sie der Versammlung vor Augen, wie viele Krankheiten durch die Nacharbeit entstehen — was ja auch von ärztlichen Autoritäten bestätigt wird — und wie ungünstig die Gesundheitsverhältnisse unter den Bäckern im allgemeinen sind. Deshalb sei zu fordern, dass die Nacht- und auch die Sonntagsarbeit verboten wird. M. Goossens-Gent führte aus, dass die Nacharbeit gar nicht nötig sei und dass dieselbe schon in mehreren andern Ländern durch Gesetz verboten ist; bei uns in Belgien greift die Bewegung auch immer mehr um sich. Redner begrüsst das Vorgehen der Bäckermeister aus Mecheln, die beschlossen haben, mit den Gesellen gemeinsam die Bewegung gegen die Nacharbeit zu führen. Ein Kollege aus Antwerpen führte noch an, dass auch in den grossen Bäckereien in Antwerpen lange Arbeitszeiten herrschen, 14 bis 16 Stunden muss dort täglich gearbeitet werden und am Sonnabend manchmal 24 Stunden hintereinander. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, dass sie sich mehr als bisher der Bewegung anschliessen müssten; wenn solche Zustände vorhanden sind, liegt es doch nur an der Gleichgültigkeit der Kollegen selbst. Ausserdem ist die Kontrolle der schon bestehenden Schutzbestimmungen sehr mangelhaft und die Übertretungen deshalb äusserst zahlreich. Zum Schluss wurde eine Resolution abgefasst, um an den massgebenden Stellen darauf zu dringen, dass die Kammer ein Gesetz schaffe, welches die Nacharbeit verbietet und die Sonntagsruhe auch mit vorsieht. In diesem Sinne soll die Bewegung weiter fortgesetzt und vertieft werden.

Technische Rundschau.

Neue Gebrauchsmuster.

D. R.-G.-M. Nr. 387 789 von Friedrich Wilhelm Daub II in Wierfeld betrifft eine „Siebtrommel für Teigreibemaschinen“ mit selbsttätiger Entleerung durch lonische Welle, berart konstruiert, daß der äußere Zylinder, ein Sieb aus Metallblech, den getriebenen Teig auf eine nach beiden Seiten hin lonisch ausgeführte Welle durchläßt.

D. R.-G.-M. Nr. 387 669 von Ernst Bergmüller in Stuttgart, betrifft einen „Mischflügel für Rnetmaschinen“. Derselbe zeichnet sich dadurch aus, daß derselbe leicht säbelartig geschwungen und mit Durchbrechungen versehen ist. Hierdurch wird erreicht, daß beim Arbeiten der Maschine, bei dem bekanntlich der Mischflügel eine auf- und niedergehende Bewegung ausführt, während der Vortrieb rotiert, der in dem letzteren befindliche Teig durch die Durchbrechungen hinausgedrückt und dadurch zerteilt und gründlich gemischt wird.

D. R.-G.-M. Nr. 388 098 von Friedrich Wilhelm Jung Maschinenfabrikant, in Barmen, Humboldtstr. 10, betrifft eine „Teigknetmaschine“ mit rotierender Trommel und schwingendem Aneitarm, deren Aneitarm in Höhenrichtung verschiebbar aufgehängt und durch ein Hebelgestänge derart mit einer rotierenden Scheibe verbunden ist, daß er außer seiner Höhenbewegung noch eine pendelnde Bewegung ausführt. Das Eigentümliche der Neuerung besteht nun darin, daß der Aneitarm an einem in Höhenrichtung verschiebbaren Kreuzkopf pendelnd aufgehängt ist, welcher noch einen zweiten Aneitarm trägt, der durch Zahnräder zwangsläufig mit dem ersten verbunden ist und deshalb dessen Bewegung mitmachen muß.

D. R.-G.-M. Nr. 388 097 von Friedrich Wilhelm Jung, in Barmen, betrifft eine „Teigknetmaschine mit ausfahrbarem Teigvottisch“, deren Eigentümlichkeit darin besteht, daß das fahrbare Gestell des Vottisches zwei Räderzüge besitzt, von denen die größeren Räder beim Fahren auf dem gewöhnlichen Fußboden in Wirkung treten, während die kleineren beim Einfahren des Vottisches in Arbeitsstellung auf dem erhöhten, mit Schienen versehenen Fundament der Maschine laufen.

D. R.-G.-M. Nr. 388 543 von Ewald Sauer-Oberfeld, betrifft einen „Stahlbrotschieber“ mit massiver Spitze und zentral durch denselben führenden Längschiene.

D. R.-G.-M. Nr. 388 814 von Ernst Bergmüller in Stuttgart, „Adosfenbeleuchtung“, bei welcher an der Adosfenüre ein Anschlag angeordnet ist, der beim Öffnen der Tür die elektrische Lampe einschaltet und beim Schließen der Tür wieder ausschaltet. Der Anschlag ist hierbei derart ausgebildet, daß die Beleuchtung schon eingeschaltet wird, wenn die Tür erst zur Hälfte oder noch weniger geöffnet ist, um zu verhindern, daß wieder kalte Luft in den Ofen einströmt. Der an der Adosfenüre angeordnete Anschlag betätigt einen Ausschalter, dessen Schlüssel gabelförmig ausgebildet ist, wobei die Schenkel an ihren Enden etwas nach außen gebogen sind, so daß der Anschlag nach dem Umlegen des federbeeinflussten Schlüsselhebels frei passieren kann.

D. R.-G.-M. Nr. 385 729 von Julius Hailmann-Münster, betrifft eine „Dampfdichtabschließende federnde Tür für Adosfen“. Die Neuerung besteht darin, daß die Türe an zwei Führungsschienen gedrückt

wird mittels federnder Rollenführung, deren Enden in zwei T-Eisen geführt werden, so daß der Dampf im Adosfen zurückgehalten wird. Die Tür besteht aus mehreren Abteilungen, welche mit Holz, Kieselgur oder dergl. isoliert sind.

Sozialpolitisches.

Einstellung der Sonntagsarbeit. In der „Diplomaten Zeitung“ war Mitte September nachstehende Bekanntmachung zu lesen:

Den hochverehrten Einwohnern von Wiesdorf und Ueberfüßen zeigen die Unterzeichneten hierdurch ergebenst an, daß es ihnen auf Grund einer Regierungsverfügung, betreffend die Sonntagsarbeit, leider nicht mehr möglich ist, von jetzt ab ihre Kundschaft an Sonntagen mit frischen Brötchen zu bedienen.

Die vereinigten Bäckermeister, Abt. der freien gemischten Innung.

Leugert, Obermeister.

„Weider“ sagen die Meister — „Gott sei Dank!“ die Gesellen.

Wirkungen der Tabaksteuer. Der „Block der Ritter und der Heiligen“ hat mit seinem wahnwitzigen Beschluß des 40 prozentigen Tabakwertzollses ein Unheil angerichtet, das jetzt von Woche zu Woche immer erschreckender zu Tage tritt.

Wenn in der ersten Woche nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in vielen Betrieben noch voll gearbeitet wurde, um die Lager wieder zu füllen, muß jetzt in allen Fabriken infolge des enormen Konsumrückganges die Produktion erheblich eingeschränkt werden. In den meisten Betrieben ist eine Abgaberminderung von 50 pzt. eingetreten. Obgleich eine genaue Statistik noch fehlt, läßt sich aus den von den einzelnen Industriedistrikten eingehenden Nachrichten mit Bestimmtheit schließen, daß die Zahl der direkt Arbeitslosen zehntausend schon überschritten hat. In vielen Fabriken wird mit stark verkürzter Arbeitszeit und „auf Benjum“ gearbeitet. Die Not der Tabakarbeiter wächst von Tag zu Tag und damit die Empörung gegen den Schnapszoll.

Vier Millionen hat dieser allerdings als Entschädigung für die infolge des Gesetzes arbeitslos werdenden Tabakarbeiter bewilligt, aber die Bestimmungen über die Auszahlung von Unterstützungen im wesentlichen dem Bundesrat überlassen. Dieser, der dem ludermäßig vom Schnapszoll zusammengekauften Gesetz seine Zustimmung gab, überließ selbstverständlich in der richtigen Erkenntnis, daß er von den industriellen Verhältnissen doch auch kein Verständnis besitzt, die ganze Regelung den Verwaltungsorganen. Und nun waltet der heilige Bureaucratismus seines Amtes, am schlimmsten in Preußen und Sachsen.

Nach einer Mitteilung der Dresdner Handelskammer betrug der Lohnausfall in den sächsischen Zigarrenfabriken vom 15. bis 30. August schon M 85 000, aber eine Unterstützung aus dem Viermillionenfonds haben die arbeitslosen Tabakarbeiter bis jetzt noch nicht erhalten. Die hiesigen sächsischen Beamten erstrecken ihre Ermittlungen nämlich auf alle Dinge, auch auf solche, die sie gar nichts angehen. In Dresden wurde u. a. ein Tabakarbeiter, der schon 30 Jahre verheiratet ist, befragt, ob er seine Wohnungseinrichtung schon bezahlt, ob er Schulden habe, ein anderer Verheirateter, ob er Alimente zu zahlen habe, wieder ein anderer, ob er ein Spartassenbuch besitze usw.

Natürlich werden die vom Bundesrat erlassenen, äußerst unklaren Ausführungsbestimmungen von den Zollbehörden ganz verschieden ausgelegt; aber bei allen waltet die Tendenz ob, so wenig wie nur irgend möglich zu zahlen. Arbeiter, die in Zigarrenfabriken Zigarrenzellektanten bekleben, sind nach der Entscheidung des Hauptzollamtes keine Tabakarbeiter; sie erhalten keine Unterstützung. Ausländer, denen man anfänglich anstandslos in Altona Unterstützung gewährt hat, erhalten jetzt nichts mehr, selbst dann nicht, wenn sie schon 10 bis 20 Jahre ununterbrochen in Deutschland im Tabakgewerbe arbeiten. Ist ein Arbeiter vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 krank, arbeitslos oder beim Militär gewesen, so berechnet die Behörde seinen Verdienst nur für die Zeit, in der er gearbeitet hat, teilt diese Summe durch 52 Wochen und zahlt ihm hieron drei Viertel.

So erhalten die schwächlichen Personen, die Kranken, die Krüppel, vielfach nur den vierten Teil von dem, was ihre körperlich gesünderen Kollegen erhalten, eine Härte, wie sie grausamer gar nicht gedacht werden kann.

Zigarrenhausarbeiter, die Hilfsarbeiter beschäftigen, versucht man in Altona völlig abzuschieben, indem man ihnen die Eigenschaft als selbständige Gewerbebetreibende andichtet. Ist der Unterstützungsanspruch eines Tabakarbeiters anerkannt und erhält er zeitweilig wieder Arbeit, so wird ihm in Bremen die Summe, die er während dieser Zeit über den festgestellten Unterstützungsanspruch hinaus verdient, in der nächsten Woche, in der er als Arbeitsloser auf Unterstützung wieder Anspruch macht, ohne weiteres wieder abgezogen. Durch diese Methode wird bald die Mehrzahl der Tabakarbeiter dauernd ein Viertel, die Kranken und Krüppel — je nach der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit — bis zu drei Viertel von ihrem bisherigen Verdienste einbüßen müssen.

Auch zieht man in einigen Orten Deutschlands Tabakarbeiter zu Arbeiten in andern Verufen heran, die zu ihrer Körperkonstitution in schreiendem Widerspruch stehen; das Amt Arnsberg bei Bünde in Westfalen versuchte sogar, die arbeitslosen Tabakarbeiter zu verpflichten, Streikarbeit anzunehmen bei einem Bremer Zigarrenfabrikanten, der die jetzige Notlage der Arbeiter zu erheblichen Lohnreduktionen ausnützte.

Aus allen Distrikten Westfalens vernehmen wir den Notschrei der Tabakarbeiter; dieselben entsetzlichen Klagen kommen aus Baden und aus den übrigen Industriegegenden, und dabei ist doch alles erst der Anfang. Alle Industriellen sind sich darüber einig, wenn die Weihnachtarbeit fertig ist, wenn erst die vollen Wirkungen des Gesetzes zutage treten, wird der Rückgang des Konsums noch weit größer sein. Höchstenfalls bis zu Weihnachten — erklären die Zollbehörden — wird der Viermillionenfonds reichen. Was dann? Selbst wenn

der Reichstag mehr bewilligt, wird der Bundesrat dem zustimmen? Die jetzige rigorose Handhabung der Unterstützungsbestimmungen läßt nicht darauf schließen. Was Not, was Elend der Tabakarbeiter: „Das Reich braucht Geld!“

Die Entwicklung der Arbeitslosenfürsorge. Die Frage der Arbeitslosenfürsorge ist heute vielleicht das aktuellste soziale Problem, mindestens innerhalb der Stadtverwaltungen. Seit zwei Jahren drückt uns eine schwere wirtschaftliche Krise, und es ist zu befürchten, daß auch in der bevorstehenden kälteren Jahreszeit viele tausende Proletarier ohne Arbeit sein werden. Daneben ist nicht zu bestreiten, daß das allgemeine soziale Empfinden der öffentlichen Meinung (besonders wiederum innerhalb der modernen Städteverwaltung) doch etwas geschärft worden ist und dieser immer mehr einleuchtet, daß neben der sonstigen sozialen Fürsorge ganz besonders auch eine weitergehende Fürsorge für die Arbeitslosen zu begründen ist.

Ueberblickt man das in dieser Hinsicht Geschehene, so läßt sich nicht wegleugnen, daß der Gedanke der Arbeitslosenfürsorge, namentlich der Arbeitslosenversicherung, in den letzten Jahren einige Fortschritte aufzuweisen hat. Freilich hat sich innerhalb unserer Reichsgegebung, in der die agrarisch-konservertive Politik das Szepter führt, an der ablehnenden Haltung in dieser Frage nichts geändert. Ganz im Gegensatz zu dem Auslande. Wir wissen, daß in einer Reihe von Staaten, z. B. in Dänemark durch das Gesetz vom 9. April 1907 über anerkannte Arbeitslosenklassen, in Norwegen durch ein ähnliches Gesetz vom 12. Juni 1906, in Frankreich durch das Dekret vom 31. Dezember 1906, betreffend staatliche Subvention für Arbeitslosenunterstützungsstellen nach dem sogenannten Genter System, in Luxemburg und den Niederlanden durch ähnliche Maßnahmen usw., der Regelung der Arbeitslosenversicherung bereits nähergetreten worden ist. Zwar sind alle die einschlägigen Gesetze noch mangelhaftes Stückwerk, aber sie sind doch immerhin ein Anfang. — Aber auch innerhalb des Deutschen Reiches haben eine Anzahl Landesgesetzgebungen und Gemeindeverwaltungen gezeigt, daß sie einer Regelung der Frage nicht abgeneigt sind. Es sei zunächst an Bayern erinnert, wo durch vielfache Verhandlungen der Staatsregierung mit Sozialpolitikern die Grundlagen für eine Arbeitslosenversicherung geschaffen worden sind. Die Regierung hat den Auftrag erhalten, eine Vorlage an den Landtag auszuarbeiten. In Baden hat das Ministerium eine Denkschrift herausgegeben, die nicht nur den heutigen Stand der Arbeitslosenversicherung in ganz Europa zusammenfassend vorträgt, sondern auch zu Versuchen auf diesem Gebiete anregt. Auch der Landtag für Meckl. l. V. beschäftigte sich kürzlich mit der Frage.

Die größte Beachtung ist der Angelegenheit seither von den Kommunalverwaltungen geschenkt worden. Das System, in das die Arbeitslosenversicherung mehr und mehr geleitet wird und das im Begriffe steht, vorbildlich für kommunale Arbeitslosenfürsorge zu werden, das „Genter System“, ist einer Gemeindeverwaltung zu danken. Am 29. Oktober 1900 beschloß der Gemeinderat von Gent die Verteilung von „Aufmunterungsprämien“ an alle die Arbeiter, die gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durch Versicherung, Sparen und so weiter ernstlich Vorjorge getroffen haben. Der Vater dieses Systems, Louis Barley, hat soden einen instruktiven Bericht über die Handhabung und Erfolge der Einrichtung in den letzten Jahren herausgegeben. Er zeigt die Ueberlegenheit des Systems gegen die andern bekannten Formen der Arbeitslosenfürsorge. In Deutschland ist die Arbeitslosenversicherung eingeführt in Strazburg und Edin a. Rh. (in beiden Orten nach dem Genter System) und in München.

Mit der Einführung der Arbeitslosenfürsorge hat sich bereits eine Anzahl von Städtetagen beschäftigt; sie kamen aber zu dem Ergebnis, daß die Gemeinden auf diesem Gebiete in ihrer Tätigkeit zu sehr beschränkt sind. Die Städtischen Kollegien in Düsseldorf kamen daher am 22. Juli 1909 zu dem Ergebnis, durch Beschlüsse an die vorgelegte Behörde und auf ihr sonst geeignet erscheinende Weise den Erlaß eines Reichsgesetzes zu betreiben. Dasselbe brauche lediglich zwei Paragraphen zu umfassen: § 1 verleiht den Kommunalverbänden die Befugnis zur Errichtung von Arbeitslosen-Versicherungsstellen mit Beitrittszwang für die im Gesetz noch näher zu bezeichnenden Personenzirkel unter Genehmigung und Aufsicht der Landeszentralbehörden; § 2 enthält die formalen Bestimmungen. Auch die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung hat sich kürzlich für die kommunale Zwangsversicherung entschieden.

Von einem aus bürgerlichen Sozialpolitikern bestehenden Komitee wird soden auf September 1910 eine erste internationale Konferenz zur Besprechung des Problems der Arbeitslosenfürsorge einberufen. Dieselbe soll sich mit folgenden drei Hauptfragen beschäftigen: Statistik der Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Ferner ist die Gründung eines ständigen internationalen Verbandes der Personen, die sich in allen Ländern mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigen, in Aussicht genommen.

Varitätlicher Zentralarbeitsnachweis in Dresden.

Der viel umkämpfte Zentralarbeitsnachweis für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden, an dem sich bekanntlich auch die freien Gewerkschaften beteiligten, ist nun konstituiert worden. Der Vorsitz liegt in den Händen des Herrn Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Böhmert. Genosse Götzfried, Lokalbeamter des Holzarbeiterverbandes, gehört als Vertreter der freien Gewerkschaften dem Vorstand als Schriftführer an. Trotzdem die Stadt Dresden auf Betreiben der Innungsräuber eine Beihilfe ablehnte, ist die finanzielle Grundlage gesichert, und wird der Arbeitsnachweis voraussichtlich am 1. Januar 1910 seine Tätigkeit beginnen.

Polizei und Gerichte.

Schokolade mit Kakaobutter. Der Inhaber der bekannten Kuvertürenfabrik, Kaufmann Otto Thurmman, Berlin, war am 17. April dieses Jahres wegen Nahrungsmittelfälschung zu einer Geldstrafe von M 600 verurteilt worden. Für die Herstellung von Schokoladen und Kaffee bei der Verband der Schokolade-Industriellen Verkehrsvereinigungen aufgestellt, die im allgemeinen auch für die Kuvertürenmassen, denen aber bis 5 pzt. Rüsse oder Milch zugesetzt werden dürfen, maßgebend sein sollen. Die Konkurrenz

Thurmanns ließ Proben seiner Fabrikate untersuchen, und es wurde festgestellt, daß zu den billigeren Produkten Kaloschalen und Kotosfette zugefügt worden waren. Durch beide Zusätze — heißt es im Urteil — habe der Angeklagte die Masse verschlechtert. Das Reichsgericht erkannte jetzt auf Verurteilung der eingelegten Revision.

Unglaubliche Schmutzerien wurden gelegentlich einer Revision in dem Betriebe des Wädrmeisters Alois Ziegler in Düsseldorf angetroffen. Im Badtrug befand sich, wie die Beamten berichteten, eine Schmutzkruke, die so dick war, daß man dieselbe getrost mit dem Spaten hätte herausnehmen können. Ebenso fand man hierin nebenbei noch viel Ungezieser und Würmer. Auch sonst herrschte in der Badstube die denkbar größte Unsauberkeit. Unappetitlich im höchsten Grade sahen die Badtücher aus. Die Polizeiverwaltung hat ein derartiges Tuch waschen lassen; das Tuch, das vor dem Waschen 218 Gramm gewogen hatte, war durch die Reinigung um 157 (!) Gramm leichter geworden! Gerichtschreiber Dr. Lood hatte aus Interesse ein Stückchen Tuch von 10 Zentimeter im Quadrat gereinigt und mit dem darin befindlichen Schmutz ungefähr ein Viertel Liter Wasser in eine schwarze Suppe verwandelt. Das Gericht beurteilte Ziegler zu der höchstzulässigen Strafe von 60, eventuell 20 Tage Haft wegen Uebertretung der Oberpräsidialverordnung, betreffend den Betrieb von Wädereien und Konditoreien.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Arbeiterinnenstreik in der Elektrizitätsindustrie. In den Mitteldeutschen Elektrizitätswerken (Görzsmühle) bei Saalfeld a. d. S. legten am Freitag vormittag sämtliche Arbeiterinnen der Abteilung „Anterwicklei“ die Arbeit nieder, da ihnen der Lohn um 20 pZt. gekürzt werden sollte. Das Vorgehen der Arbeiterinnen ist um so berechtigter, als ihnen im Frühjahr d. J. der Lohn bereits um 15 pZt. gekürzt worden war.

Der Streik in der Celluloidwarenfabrik Gebrüder Wolf in Nürnberg. In Rücksicht auf die Gefahren, denen Celluloidarbeiter ausgesetzt sind, wie auch in bezug auf das Vorgehen der Justizverwaltung Nürnbergs, den Streik bei Gebrüder Wolf betreffend, ersucht die im Deutschen Holzarbeiter-Verband gebildete Zentralkommission der Stock- und Rammindustrie die Gewerkschaftspresse um Aufnahme folgender Zeilen:

Durch eine Notiz des „Vorwärts“ erhalten wir Nachricht von der Stellungnahme der Justizverwaltung Nürnbergs den Streikenden gegenüber. Nach denselben werden ganze Wagenladungen Arbeiten im dortigen Zellengefängnis hergestellt. Da muß man fragen, kennt denn diese Behörde nicht die Gefahren, denen Celluloidarbeiter ausgesetzt sind? Weiß die Behörde nichts von der großen Zahl Brände in Celluloidbetrieben? von den Verlusten an Menschenleben? und daß oft nur Rettung unter den schwierigsten Verhältnissen möglich war? Alles dieses scheint die Behörde nicht zu wissen! Denn wüßte sie es, so wäre es bodenlose Leichtfertigkeit, wenn man eingeschlossene Gefangene diesen Gefahren aussetzt. Da ist es am Platze, nochmals auf die Unglücksfälle in diesem Gewerbe aufmerksam zu machen.

In folgendem nur eine kleine Liste von Bränden, die wir feststellen konnten, und die Verlustziffern:

Im Jahre 1899 in Leipzig bei Engelmann & Richter. Verlust eine ganze Familie und vier Lote. Im Jahre 1900 Brand in Berlin bei Döbblin: Teils schwere, teils leichte Verletzungen. Im selben Jahre in Berlin bei Brauer & Bander. 50 Beschäftigte schweben in Lebensgefahr; die Ausgänge waren durch Flammen versperrt. Die Rettung wurde durch den Fahrstuhlschacht ermöglicht. Dieser Brand entstand durch Entzündung von Zelluloidstaub an einer elektrischen Glühbirne. Im Jahre 1902 in Berlin bei Döbblin. Das Fabrikgebäude brannte vollständig aus. Der Brand brach vor Beginn der Arbeitszeit um 6 Uhr früh aus. Feuerwehrleute wurden durch Stichflammen verletzt. Im Jahre 1904 in Nürnberg bei der bestreikten Firma Gebrüder Wolf. 47 Drechsler waren beschäftigt; die Rettung gelang nur durch Fenster. Entzündet hatte sich beim Abstecken von Fahrradketten das Zelluloidmaterial, als es auf einen laufenden Papfen gedrückt wurde. In Berlin, Greifswalderstraße brannte ein Zelluloidlager, bei welchem Brand eine Anzahl Hausbewohner verletzt wurden. Im Jahre 1907 in Geispolsheim bei Straßburg im Elsaß. Das furchtbare Brandunglück forderte 22 Lote, meist jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter. Im Jahre 1908 in München bei Pensberger fanden hintereinander vier Brände durch Selbstentzündung statt. 40 Arbeitern war der Ausgang versperrt; durch Hilfe von außen wurde das Feuer gedämpft. Im Jahre 1908 in Berlin bei Priester, Michaelkirchstraße. Ein fünfzehnjähriger Knabe tot, eine Reihe Mädchen körperlich geschädigt, davon zwei in Krankenhausbehandlung. Im Jahre 1908 in Eilenburg ein Brand in der Zelluloid-Rohstofffabrik, bei dem drei Lote und zehn Verletzte gezählt wurden. Dann als furchtbarstes Unglück im Jahre 1908 in Wien bei Gebrüder Sailer. Verlust: 17 meist jugendliche Menschenleben. Zu diesem Brand schrieb am 11. Juni 1908 das Wiener „Fachblatt der Drechsler“, anlässlich der Bestichtigung der Brandstelle durch den Minister des Innern, Wiener: „17 verlor, zumeist jugendliche Menschenleben, vor den Füßen seiner Erzellenz, dem Minister des Innern, Wiener.“ In diesem Augenblick traten dem Minister wehmütvolle Tränen aus den Augen. Er sprach feierlich zu seiner lebenden Umgebung, daß nun, angeichts der grausamen Todesopfer, tumlichst etwas geschehen müsse, wie es die österreichische Regierung schon versprochen hat.“ Diese Regierung hat das Wort des Ministers eingelöst; denn nach wenigen Wochen hat sie eine sehr zweckmäßige Verordnung erlassen.

Weitere Brände fanden statt in Dresden, Pforzheim, Naumburg, Grefeld u. a. mehr, in den meisten Orten wiederholt. Und fragt man nach den Ursachen, so wurden in Dresden und Leipzig je ein sechzehn- bis siebzehnjähriger Bursche wegen angeblicher Brandstiftung verurteilt. Auch im Wiener Fall soll ein siebzehnjähriger junger Mann das Unglück verschuldet haben; derselbe befand sich aber unter den Opfern. So hat die Profitgucht der Unternehmer also eine Reihe Menschenleben auf dem Gewissen. Und da tritt

in diesem Kampfe die Regierung auf die Unternehmerseite! Da wird dieses feuergefährliche Material selbst in Strafankalten zugelassen, um mit Hilfe Strafgefänger die Arbeiter niederrümpeln zu helfen.

Aufgabe der Arbeiterpresse muß es sein, dieses Vorgehen der Behörden niedriger zu hängen. Die politische wie gewerkschaftliche Presse wird um Abdruck gebeten.

Die Zentralkommission für die Stock- und Ramm-Industrie Deutschlands.

—* Anzeigen. *

Mitgliedschaft Hamburg - Altona, Bezirk Altona-Ottensen.
Dienstag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
bei Sauer, Allee.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
[M. 2,20] Die Bezirksleitung.

Verband der Bäcker und Konditoren
Mitgliedschaft Hamburg - Altona
Sektionen der Konditoren
Sonnabend, den 30. Oktober 1909:
Herbstvergnügen
bestehend in Ball, Gesangs- und humoristischen Vorträgen sowie Theater-Aufführungen, ferner grosse Verlosung von Torten, Bonbonnieren usw. (viele Ueber-raschungen)
im Ballsaal der „Flora“, Altona, Schulterblatt
unter gefälliger Mitwirkung der bekannten
::: Liedertafel „Amicitia-Concordia“ :::
Herrenkarte 30 Pf., Damenkarte 20 Pf.
Beginn 8 Uhr abends
Es laden ergebenst ein
[M. 6] Die Sektionsvorstände

Unserm Kollegen **Wilh. Kronenberg** und seiner lieben Braut, Fr. **Michaels**,
die herzlichsten Glückwünsche
zu ihrer Vermählung!
[M. 2] Mitgliedschaft Rostock.

Unsern werten Kollegen und Kassierer **Rich. Eissner** nebst seiner lieben Braut **Helene Oberbeck** [M. 1,20]
die herzlichsten Glückwünsche
zur Verlobung!
Mitgliedschaft Vegesack.

Unserm Kollegen **Wilhelm Eckhardt** und seiner lieben Braut **Pauline Burchardt**
die besten Glückwünsche
zu ihrer Vermählung!
[M. 2,40] Zahlstelle Stuttgart.

Allen Kollegen **Hamburgs** sei meine
:: Gastwirtschaft ::
bestens empfohlen.
— Guter Mittagstisch —
Verkehrslokal der Bäcker Barmbecks.
Hermann Artmann,
Hamburg-Barmbeck, v. Essenstr. 91.
[M. 3]

== Eßgrundstück ==
Eimsbüttel-Langenhelde
in unmittelbarer Nähe mehrerer größerer Vergnügungs-Etablissements, besonders geeignet für
Konditorei, Wirtschaftsbetrieb
usw., ist für **M. 40 000** unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Näheres durch den Makler
Adolph J. A. Freundendahl,
Kaiser Wilhelmstr. 93.
[M. 6]

Haus-Verkauf.

In einem 1000 Einwohner großen Dorfe im Kreise Lübbede i. nördl. Westf., in Landwirtschaft treibender Gegend, ist ein schönes, neues Haus mit drei Morgen großem, schönem Obst- und Gemüsegarten beim Hause, an der Hauptstraße des Ortes belegen, zu verkaufen. Das Haus eignet sich sehr gut zu einer

[M. 3,60] **Bäckerei**

da nur ein Bäcker im Orte wohnt. Auskunft erteilt Auktionator **Piening** in Sandbrin, Post Lemförde, Bez. Bremen.

Bäckerei,

lange Jahre bestehend, ist zu verkaufen, eventuell mit Grundst. Jährlicher Reinverdienst zirka

M. 8000.

Zirka **M. 12 000** genügen zur Uebernahme, mit Grundst. zirka **M. 20 000.** [M. 3,30]
Offerten unter **H. 4820** an **Holnr. Eisler**, Hamburg.

Bäckerei, Transport- und Kohlenförbe

liefern bei bester Ausführung billigt
Konsumverein Schney.
Station: Lichtenfeld i. Bayern.

Allen Mündtner Bäcker- und Konditorengehilfen empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrenschnitten aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie
Georg Prem, Walterstr. 9/10.

Berufs-Bekleidung für Bäcker, Konditoren etc.
In starker, solider Verarbeitung.
Drell-Hosen I u. II Mk. 2,25, 2,40
Drell-Hosen rein Leinen „ 3,10, 3,45
Konditor-Jacken I u. II „ 3,45, 3,75
Konditor-Mützen „ 0,40
Hemden, Militär-Nessel „ 1,60
Hemden, Barohend od. Flanel „ 1,60-2,65
Hemden weiss, Suxkin-Hosen etc.
Berufs-Bekleidungs-Industrie
Hamburg 21, **B. Th. Wahn**, Schillerstr. 12.
Platzbestellungen per Karte werden sofort ausgeführt.
Bei Bestellung genügt Brustweite oder Schrittlänge.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund
System **Arends.**
Junge, intelligente Arbeiter erlernen kostenfrei die Arends'sche Kurzschrift. Im schwedischen Reichstage verdrängten die Arendsianer bei freiem Wettbewerb die Gabelsbergerianer, so daß heute dort 23 Arendsianer und nur noch 8 Gabelsbergerianer arbeiten. Die Arends'sche Kurzschrift findet ferner Anwendung im Deutschen Reichstag sowie im Preussischen Landtag. Fast sämtliche Gewerkschaftskongresse werden von Arendsianern aufgenommen. Der Deutsche Arbeiter-Stenographenbund, System Arends, unterrichtete 1908—1909 über 3000 Arbeiter. Zeitungsaufgabe: Organ „Arbeiter-Stenograph“, September 1909, 15 000 Exemplare. Unter Befügung üblichen Portos richte man Adresse an **Louis Flach**, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.
(Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.)

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.
(Wo nichts Besondere bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Freitag, 24. Oktober:
Bochum: 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — **Dessau:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ballenstedterstr. 1.

Dienstag, 26. Oktober:
Hamburg-Altona (Bezirk Altona-Ottensen): Vorm. 10 Uhr bei Sauer, Allee. — **Mannheim:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8.

Mittwoch, 27. Oktober:
Hamburg-Altona (Sektion der Seefahrer): 8 Uhr bei Pfeiffer, St. Pauli, Silberstr. 15. — **München** (Konditoren): Im Gasthaus „Zum goldenen Lamm“ (Referent: Sankes). — **Fraunstein:** 2 Uhr „Zum Löwen“.

Donnerstag, 28. Oktober:
Chemnitz: Im „Annengarten“, Annenstraße. — **Coblenz:** 3 Uhr „Zum goldenen Ring“. — **Görlitz:** 3 Uhr „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37. — **Stuttgart** (Bäcker): 3 Uhr in der „Börsenhalle“, Christophstr. 24.

Freitag, 29. Oktober:
Düsseldorf (Konditoren): 8½ Uhr bei Neuhausen, Flurstraße.

Freitag, 31. Oktober:
Wien: Vorm. 10 Uhr im Gasthof „Zum Hirschen“. — **Sant-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Feld, Grenzstr. 34. — **Erimtschan:** 2 Uhr in der Zentralherberge. — **Sameln:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Sennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann. — **Sersford:** Vorm. 9½ Uhr bei Hilbert, Bräberstraße 10. — **Rostock:** 2½ Uhr Reguinenberg 10. — **Vegesack:** 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Wefenbinderhof 57. — Verlag von D. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Quittung.

Vom 11. bis 17. Oktober gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat September: Zahlstelle Solingen M. 78,80, Homburg b. d. S. 74,90, Waldenburg 21,70, Grlitz 43,80, Dessau 46,60, Remscheid 25,60, Forst 21,20, Silberstein 21,20, Jena 36,90, Regensburg 214,90, Schwabach 53, Sulz 22,50, Wiberach 15,60, Herford 306,15, Harburg 185,50, Eisenach 43,30, Schmöln 21,20, Braunschweig 188,30, Darmstadt 62,50, Bremen 210,50, Lüneburg 33,90, Sonneberg 57, Rosenheim 200,10, Steint 172, Bant 57,50, Bremerhaven 88,60, Hof 22,40, Neufelwisch 62,60, Brandenburg 52, Altenburg 44,30, Bad Reichenhall 101,50, Colmar 16,40, Breslau 193,40, Danzig 180,30, Plauen 61,30, Weißwasser 39, Oldenburg 29,60, Tangermünde 30,20, Erfurt 27,10, Leipzig 637,70, Freiburg 128,70, St. Johann 123,40, Oera 96,80, Gotha 60,60, Stendal 26,80, Kaiserlautern 44,50, Jümenau 34,50, Malmö 14,80, Marburg 15,70, Passau 42, Schwerin 12,90, Chemnitz 153,60, Marktreuth 17,20, Striegau 25.

Für die Monate August und September: Bayreuth M. 54, Metz 53.

Von Einzelzahlern der Hauptkassa: C. S. Grabow M. 50,50, K. G. Beauregard 5, W. N. Lehesten 7,50, K. G. Jansen 4,50, R. S. Zwönitz 19, R. S. Bunzlau 4,50, A. L. Simmern 6, A. H. Großenhain 5, W. H. Bergen 2, B. G. Delsnitz 17.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenhaus Magdeburg M. 9,60, Neufelwisch 4,80, Leipzig 4,80, Elberfeld 9,60, Zahlstelle Zwickau 2, Braunschweig 4,80, Sonneberg 2, Danzig 3, Leipzig 7,20, D. C. Stuttgart 2,40, R. B. Elbing 2,70, A. G. Danzig 1,80, S. P. Berlin 4,30, D. S. Schweinfurt 1,80.

Mit der Abrechnung für Monat September an die Hauptkassa restieren folgende Zahlstellen: Königsberg, Leisnig, Birnmasen und Begeled.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Heute ist der 44. Wochenbeitrag (24. bis 30. Oktober) fällig.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Situationsbericht aus Berlin. Die Lokalverwaltung hat in letzter Zeit wieder intensivere Anstrengungen gemacht, die Kollegen und Kolleginnen der Zuckerwarenindustrie mehr für die Organisation zu interessieren und zwar durch Hausagitation und sogenannte Bezirksversammlungen der Mitglieder. Auch haben wir damit schon ganz anerkennenswerte Erfolge durch Zuführung neuer Mitglieder aufzuweisen. Aber die große Masse bleibt immer noch so indifferent wie bisher, trotzdem doch jeder merken mußte, daß unsere Fabrikherren sich die größte Mühe geben, unsern Leuten plausibel zu machen, wie widerstandslos sie gegen jede Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse sind. Wenn man sieht, wie die Arbeiter in andern Berufen es durch ihre starke Organisation verhindern haben, daß trotz der Kräfte Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen eintreten, ja, oftmals noch Verbesserungen errungen wurden, so kann man nicht verstehen, wie unsere Kollegen durch ihre Gleichgültigkeit anscheinend auch fernerhin sich der Willkür der Unternehmer preisgeben wollen. Es ist soweit gekommen, daß die Löhne in unserm Beruf bedeutend unter dem Lohnniveau der sonstigen Berliner Arbeiter stehen. Unzufriedenheit herrscht natürlich überall, aber bei dem Murren bleibt es auch. Die Kollegen haben alle die größte Angst vor gänzlicher Arbeitslosigkeit und können nicht einsehen, daß sie durch dieses Verhalten ihre Lage von Tag zu Tag immer mehr verschlechtern und eines Tages die Erfahrung machen, daß sie doch herausliegen und dann unter denselben ungünstigen Bedingungen gezwungen sind, irgendwo wieder Arbeit anzunehmen. So hat die Firma Sarotti, welche einst das Ideal der Berliner Kollegen war, in letzter Zeit fortgesetzt die älteren Kollegen unter den niedrigsten Gründen entlassen, und zwar nur deshalb, weil die Kollegen mit den Jahren durch die jährlichen Zulagen einen halbwegs anständigen Lohn erreicht hatten; die Firma konnte aber für diese Kosten eben billigere Kräfte bekommen. So mancher Kollege ist dann nach unserm Bureau gekommen und hat tränenden Auges uns seine traurige Lage geschildert, wie er durch die jahrzehntelange Tätigkeit bei der Firma in seinen Fähigkeiten eine gewisse Einseitigkeit erlangt hat und wie schwer es nun für ihn ist, wo anders ähnliche Stellung zu bekommen. Wir konnten dann aber solchen Kollegen auch nur erklären, daß wir ihm jetzt nicht helfen können, und daß er durch seine Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation sich die Schuld an seiner traurigen Lage selbst zuschreiben muß. Jetzt hat die Firma Sarotti einen Lohn tarif eingeführt, nach welchem es jedem Kollegen unmöglich wird, selbst nach jahrzehntelanger Tätigkeit sich über eine gewisse Lohnhöhe herauszuarbeiten. Dieser Maximallohn entspricht aber den teuren Berliner Verhältnissen keineswegs. Bei der Welfirma Sarotti kann es ein gelernter Konditor nunmehr nach circa elfjähriger Tätigkeit höchstens noch auf M. 32 Wochenlohn bringen; denn mit M. 22 Wochenlohn wurden dieses Jahr daselbst die Konditoren eingestellt. Ein Hilfsarbeiter kann es nach den jetzigen Festlegungen auf höchstens M. 25 und eine Arbeiterin auf höchstens M. 16 Lohn bringen. In jedem andern Berufe hätte die Arbeiterchaft empört eine solche Lohnregulierung zurückgewiesen, aber bei uns nimmt die Mehrzahl alles resigniert hin.

Bei der Firma Hildebrand klagen die Kollegen besonders über die eigenartige Arbeitszeit von früh 6 Uhr ab. Bei den Entfernungen, welche in Berlin in Betracht kommen, ist es den daselbst Beschäftigten oftmals unmöglich, zur rechten Zeit zur Stelle zu sein. Kommt aber jemand nur fünf Minuten zu spät, so wird er ohne weiteres ausgesperrt und kann bis 9 Uhr bei Wind und Wetter auf der Straße stehen! Also nicht nur finanziell, sondern auch noch an der Gesundheit wird der Betreffende geschädigt. Auch über die Berechnung der Affordüsse wird geklagt. Dabei sind die Kollegen so eingeschüchtert, daß sie schon Angst haben, mit bekannten Verbandskollegen auf der Straße gesehen zu werden. Doch geben sie ohne weiteres zu, daß sie einige Zulagen und sonstige Verbesserungen nur dem Vorgehen des Verbandes im Jahre 1906 zu verdanken haben. Trotzdem ein größerer Teil Mitglieder daselbst beschäftigt ist, sind sie gegenwärtig ängstlich bemüht, daß keiner von ihrer Verbandszugehörigkeit etwas merkt; denn es hat durch das herrschende Spitzelsystem ein gegenseitiges Mißtrauen dort Platz gegriffen, wie kaum andernwärts. Diese unwürdigen Zustände abzuschütteln, findet die Mehrzahl keinen Mut.

Die Firma Chliag brachte es ohne weiteres fertig, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern! Die daselbst Beschäftigten nahmen in zwei Versammlungen dazu Stellung. Die Antwort des Herrn Chliag bestand in der Maßregelung dreier Kollegen. Nachdem er jedoch einsehen mußte, daß hierdurch die Organisation im Betriebe nicht lahmgelegt war, ließ er erklären, daß er dem Verband keine Hindernisse in den Weg legen werde; ja, er war so freundlich, zu erklären, wir brauchen uns gar nicht die Mühe zu machen und die Flugblätter auf der Straße zu verteilen. Wir sollten sie ihm nur einfach zuschicken, er würde dann für die Verteilung in der Fabrik Sorge tragen. Die Kollegen stehen dieser Liebeshandlung jedoch noch recht mißtrauisch gegenüber. Herr Chliag ist nur kein Freund von der öffentlichen Behandlung der Zustände in seinem Betriebe. Wäre hier die Mehrzahl der Kollegen und Kolleginnen organisiert, so würden ohne Schwierigkeiten bessere Verhältnisse geschaffen werden können, und Herr Chliag hätte vor allem die Arbeitszeitverlängerung bleiben lassen. Der Beweis dafür ist erbracht; die daselbst beschäftigten Schlosser und Tischler, welche sich auf ihren Tarif berufen, bekommen z. B. die verlängerte Arbeitszeit als Ueberstunde bezahlt und somit M. 3 bis M. 4 pro Woche mehr.

Und wie in diesen drei Betrieben liegt es fast durchgängig in Berlin. Eine große Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation findet man noch überall. Durch eine verwerfliche Liebedienerei glauben sich viele persönlich Borteile erschießen zu können und merken dabei nicht, wie sie immer mehr zersplittert werden und die Unternehmer mit ihnen Fangball spielen.

Wann wird die Berliner Kollegenschaft sich auf den Wert der Organisation besinnen?

Ein Wort über Bäckerei-Fachliteratur.

Wer das Ringen der deutschen Bäckergesellschaft nach Verkürzung der Arbeitszeit und einen freien Tag in der Woche aufmerksam verfolgt, der muß dieser von idealem Geiste getragenen Kulturbewegung einer einzelnen Berufs-kategorie die größte Sympathie entgegenbringen. Handelt es sich doch um nichts weniger als um das Ringen nach Licht und Bildung, die dieser Volksklasse durch ein vernünftiges Innungs- und Handwerkswesen widerrechtlich behindert und vorenthalten wird. Wer wollte den tiefen Bildungsgrad, der sich so vielfach in Bäckereikreisen vorfindet und der bislang der Förderer alles Rückständigen und Rückföhrlichen war, nicht mehr bedauern als der Sozialpolitiker. Und, um ehrlich zu sein, ist das rückständige Wesen, das die deutsche Bäckereimeisterwelt und nicht nur diese (man könnte den Begriff „international“ einsetzen) auszeichnet, nicht eine Folge der Bildungslosigkeit früherer und frühesten Zeiten — der Fluch einer bösen Tat, die fortzeugend nur Böses muß gebären. Wie kann man einen intelligenten Meisterstand voraussetzen, der aus einem indifferenten Gesellenstand hervorgeht? — Der Meister kämpft gegen jeden Fortschritt, der dessen Segnungen als Geselle nicht kennen lernt! Ist es da ein Wunder, daß gerade von dieser Seite aus den Bestrebungen, die auf sittliche und geistige Hebung des ganzen Standes hinauslaufen, immer und immer wieder der intensivste Widerstand entgegen-gesetzt wurde? Und das nicht immer mit den ehrlichsten Mitteln, wie wir das stets und stets feststellen und an-nageln mußten.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, ist es auch kein Wunder, daß die Fachliteratur des Bäckergewerbes sich auf einem Tiefstand befindet, der bedauerlich ist, der aber eine Aenderung erfahren wird und muß, wenn der Angehörige des Gewerbes sich um etwas frei machen wird von den Fesseln der feinen Geist einengenden übermäßig langen Beschäftigungsdauer und selbst über die ihn interessierenden Fragen zur Feder greift und seine Fachliteratur bereichert — alles andre kann nur Stills-tand und Stillwert sein, oder ist Gegenstand gewinnbringender Unternehmung irgend eines Geschäftsmannes oder deren mehrerer, die sich an diesem Zustand einer rückständigen Gewerksklasse bereichern. Unter diesen Gesichtspunkten muß man die bis jetzt vorhandene Bäckereifachliteratur betrachten, und da ist es besonders eine Sorte, die sich bislang recht unangebracht breit machte und der wir heute einige Augenblicke und kritische Betrachtungen widmen wollen.

Als vor einigen Jahren der Buchdruckerbesitzer Hartmann in Berlin das „Schauspiel für Götter“, „Die gelbe Komödie“ in Szene setzte, wußte er wohl, was er tat, als er in seinen Prospektten „Was wir wollen“, die Einleitung folgendermaßen faßte:

„Als eine Lebensbedingung für den ganzen Handwerkerstand ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr neben praktischer Belehrung auch die bessere theoretische Ausbildung gewürdigt worden; nicht minder ist aber als

gewerbliche Lebensbedingung die geistige Bildung jeder einzelnen Person im Gewerbe dringend nötig.“

Er warf den Köder der „geistigen Bildung“ aus und hatte damit den Erfolg, daß er in Meister- und Gesellenkreisen Aufmerksamkeit erregte; denn das der Junger nach Geistesbildung da war, wußte auch Hartmann ganz gut, hatte ihm derselbe doch bis dahin schon recht erhebliche „Klingende“ Erfolge gebracht, und auch das gelbe Unternehmen sollte seiner „Fachliteratur“, die nicht mehr recht gehen wollte, seit sie von Verbandsseite als „Schmöker und Ladenaüter“ bezeichnet worden war, vermehrten Absatz bringen. Denn nur um den „geschäftlichen“ Erfolg konnte es sich bei ihm handeln — wollte er ehrlich sein, mußte er doch in erster Linie für eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe eintreten, damit seine Angehörigen auch die Zeit fänden, sich theoretisch weiter zu bilden. Denn wo soll der Bäckersklave, der eine tägliche Arbeitszeit von zwölf bis sechzehn Stunden zu absolvieren hat, der keinen Tag in der Woche sein eigen nennt, Zeit gewinnen, sich mit Bäckereifachliteratur, und wäre sie noch so gut, zu beschäftigen? Diesen Punkt hat Hartmann streng vermieden zu erwähnen, denn daß dies ein Unding sei, hat er selbst gewußt und hatte er jeden Tag vor Augen in der Geschichte der von ihm beschäftigten Buchdruckerhilfen, deren Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit er ja auch verschiedentlich verspürt und nachzugeben gezwungen wurde. Also wie man sieht: ein im trüben fischen und Löbern der urteilslosen Masse zu Geschäftszwecken. Wie aber zu einem „guten Geschäft“ Reklame gehört, so sorgte auch Hartmann für solche im Interesse seiner „Fachliteratur“ und besandte die Ausstellungen der Verbandstage, um dieselbe sich prämiieren zu lassen. Und nun bedenke man eins: das Richter- und Preiskollegium dieser Ausstellungen aus denselben Standesgenossen bestehend, die Produkte der unwürdigsten Bildungsverhältnisse waren, und dann kann man den Wert der „goldenen“ und „silbernen“ Medaillen ermessen, die der „Fachliteratur“ zuteil wurden! Man kann in diesem Falle wirklich ausrufen: die Unwissenheit von der Dummheit ausgezeichnet, und das von Rechts wegen!!

Doch nehmen wir die einzelnen Teile dieser „prämierten“ Fachliteratur zur Hand und betrachten sie durch die Brille der Kritik. Da ist zuerst die erste Auflage des „meltherühmten“ Prachtwerkes „Theorie und Praxis der Bäckerei“ (dessen zweite Auflage vor drei Jahren bereits angekündigt worden ist und dessen berühmten An-kündigungen wir schon früher unsern Lesern schildern konnten). Dieses soll das „allseitig anerkannt beste Werk über die Bäckerei“ sein. Wirklich, mit dieser Kennzeichnung ist die ganze Bäckereifachliteratur gerichtet. Ein Werk, dessen geschichtlicher Teil so oberflächlich und fade gehalten ist, daß aus jeder Seite hervorleuchtet, daß das Ganze ein Laie aus verschiedenen andern Büchern und sonstigem vorhandenen Material abgeschrieben hat, und dessen fachlicher Teil ein Sammelfurium aller möglichen Einwendungen von Bäckermeistern über bestimmte Thematata, Ansichten, die bei manchem Leser ein Kopfschütteln auslösen, sowie Zeitungsausschnitten aus verschiedenen Fachzeitschriften ist, im Uebrigen Reklamen von Maschinenfabriken für ihre Maschinen und Fabrikate nebst detaillierten Abbildungen aus aller Herren Länder enthält. Und zum Schluß ein bezahlter Inseratenteil, der die Textreklame honoriert! Im ganzen: ein Reklamewerk ist da als ein „Pracht“werk bezeichnet und mit soundsovielen goldenen und silbernen Medaillen prämiert und ausgezeichnet. Man sieht sich an den Kopf und begreift nicht, was da als preiswürdig anerkannt wurde: die Oberflächlichkeit oder die Reklame?! Und dafür der horrende Preis!! Sehen Sie, das ist ein Geschäft!

Doch weiter! Da ist ein „Werk“ aus der Feder Hartmanns: „Was jeder Bäcker und Konditor wissen muß oder: Wie muß ich handeln, um mein Geschäft der Neuzeit entsprechend einzurichten und mit Erfolg zu betreiben.“ (Uff!) Preis gebunden M. 1,50. Wer nun glaubt, dieses Buch enthalte das unfehlbare Rezept zur Selbstständigkeit, der hat gründlich vorbeigetrossen. Hat nun so ein armer, abgeplagter Bäckergeselle sich von seiner fargen Aubezeit soviel Zeit abgedarbt und befaßt sich mit der Lektüre dieses Buches, was findet er darin? Außer einer Blütenlese von Ratsschlägen in Hartmannschem Bäckerdeutsch, die der Lehrling teilweise schon in der Schule erhalten hat, Empfehlungen Hartmannscher Verlags- und sonstiger Bäckereibedarfsartikel! Da finden wir auf Seite 18 bis 23 die ganzen Hohen Bäckereiwandsprüche (deren Inhalt und Vermaß manchem die Eingeweide in Aufzehr verjagt); auf Seite 25 bis 32 wird die in allen Bäckereikreisen wohlbekannte Druckerei von Wilhelm Hartmann unter Abdruck von Mustern empfohlen. Auf Seite 38 und 39 finden wir die Hohen Warenauszeichnungsschilder und -ständer; auf Seite 56, 62 und 71 die Fachliteratur, und Seite 85 und 104 seine „Kunden- und sonstigen Geschäftsbücher“ empfohlen. Also ein Reklamebuch für Hartmannsche Unternehmungen und Geschäftszweige und dafür sind 1 Mark und 50 Pfennig noch extra zu bezahlen! Wirklich, das ist der Gipfel eines „Geschäfts“!

Ferner: „Vorteilhafteste Heizung und Behandlung des Patent- und Kohlenofens“ und vorteilhafteste Heizung und Behandlung des Holzofens. Herausgegeben auf Grund eines Preisausschreibens von Wilhelm Hartmann oder wie es in einer andern Ankündigung heißt: von Wilh. Hartmann, Preisarbeiten. Der freundliche Leser wird nun mit Bestimmtheit annehmen (uns ist es gleichfalls so gegangen), daß dies Arbeiten sind, die durch ein Preisausschreiben veranlaßt, von Wilhelm Hartmann verfaßt und von einer Jury preisgekrönt worden sind. Weit gefehlt, lieber Leser, diese Fassung in der Ankündigung und der Titel ist eine ganz raffinierte. Nicht um solche „Preisarbeiten“ handelt es sich. Nein, um ganz gewöhnliche „Preisausschreiben“ der Hartmannschen „Internationalen Rundschau“ (Inseratenorgan Hartmanns), bei denen wieder Hohen „Fachliteratur“ als „Preise“ fungierten, und die auf Grund derselben eingegangenen und „prämierten“ Arbeiten in bunter Zusammenwürfelung handelt es sich. Diese Ar-

Beiten der verschiedensten Autoren hat S. in Buchform herausgegeben und prangt dafür in dieser Eigenschaft auf dem Titel dieser „Fachschrift“. — Ein gleiches und unter denselben Auspizien erschienen Buch, das seine Entstehung dem „gelben“ Bundesblatt verdankt, nennt sich „Reinlichkeit und Sauberkeit in den Bäckereien“. In diesem Werk haben richtige und wirkliche „Gelbe“ ihre Ansichten über Reinlichkeit niedergelegt. Sie sind aber auch danach, Wirklich, wenn man die einzelnen Ansichten der „Preis“-träger, die doch auf Erfahrungen beruhen, liest, dann bewundert man, daß nicht noch mehr Bäckereiverordnungen für Ordnung in den Bäckereien zu sorgen bestrebt sind und durch strengste Handhabung derselben Remedur im Interesse des Publikums geschafft wird.

Nun folgen zwei Werte, die als Verfasser den Namen „Wilhelm Hartmann“ tragen. Man kann annehmen, daß dem so ist, wenn nichts anderes, so verrät es der schöne Stil, der diese beiden Bücher auszeichnet, daß man es mit wirklichen Geistesprodukten zu tun hat. Aber, fragen wir, wenn die behandelte Materie auch des Behandelten wert ist, mußte es denn nicht in der Art geschehen sein, daß der Leser daraus sich „fort“ bildet und nicht „verbildet“ wird? Der Aufbau und die Ausdrucksweise reizen das in der Schule erworbene Deutsch des Lesers unweigerlich über den Haufen, wenn er nicht vorgreift, aus diesem Grunde die Bücher aus der Hand zu legen. Wer es unternimmt, sich schriftstellerisch zu betätigen und als „Geistesleuchte“ zu glänzen, sollte sich doch soviel Deutsch und Grammatik angeeignet haben, daß er nicht als Karikatur Mißverständnis durch seine Geistesgaben zur Unterhaltung der Menschheit beiträgt. Und so sind die beiden einzigen erwähnenswerten Bücher der hiesigen Fachliteratur „Die Germania-Bäckerbuchführung“ und „Die Wechsel-Dehre“ ihres jammervollen Stiles wegen niemand zu empfehlen, der sich nicht ein geistiges Bauchgrimmen zuziehen möchte.

Dieses wären unfres Wissens noch alle aus der Geistes- schmiebe Hartmanns hervorgegangene „Werte“. Ob dieselben dazu berechnigt, auf den Titel eines derselben in starkem Eigenlob zu setzen: „Wilhelm Hartmann“, Verfasser zahlreicher „Fachschriften“, überlassen wir dem Urteil der vernünftigen Leser, und wir glauben, daß es bei ihnen ein herzhaftes Lachen auslösen wird.

Doch, um gerecht zu sein, im Verlage von Hartmann sind daneben auch einige beachtliche Werte erschienen, die allerdings Hartmann nicht zum Verfasser haben. Wir finden da Schriften von Weber, Ebers und ein recht empfehlenswertes Werk des Lehrers der Berliner Bäckereimeisterkurse, Ewald Richter, betr. die Kalkulation im Bäckergewerbe, welches wirklich als „Fachschrift“ bezeichnet werden kann.

Dies ist jedoch die ganze Ausbeute, die wir zutage fördern konnten. Wirklich, im ganzen ein trauriges Resultat für die hiesige Fachliteratur und seine Preisrichter. Aber wie schon anfangs erwähnt, man kann bei dem Tiefstand, den das ganze Bäckergewerbe im sozialen Leben annimmt, von seinen Angehörigen nichts Besseres erwarten. Und deshalb ist auch in dieser Hinsicht die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erbringung des freien Tages in der Woche eine Kulturbedingung, die es den Angehörigen des Gewerbes erst ermöglichen wird, sich theoretisch mehr mit den Fragen des Gewerbes und seines Standes zu beschäftigen und Elemente auszusuchen, die aus seinem sozialen Tiefstand ein Geschäft machen. Nirgends ist es mehr angebracht, es den Angehörigen eines Erwerbsstandes zuzurufen, daß es eine ewige Wahrheit bleibt, die auch ewig neu sein wird: „Bildung macht frei!“

Berichte aus den Zahlstellen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzusenden.)

Berlin. Vor gut besuchtem Hause hielt Gauletter Liescher-Hamburg am 11. Oktober hier im Gewerkschaftshause einen interessanten Vortrag über: „Wer schützt die Schwachen im Kampf um ihre Existenz.“ Der Weisfall, der ihm für seine Ausführungen gezollt wurde, bewies, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Kollege Bigusch sprach sodann noch einige Worte über die Firma „Garotti“ und ihre Methode der Höchstlöhne. Die dortigen Kollegen scheinen zu schlafen; denn sonst würden sie gegen die gemachten Anerbieten sehr energisch Front machen. Auch die Praxis des Herrn Giesler, durch die Erzieher „Konditor-

Zeitung“ Arbeitslose nach Berlin zu locken und dieselben hier nicht einzustellen, sondern mit ganz leeren Ausschüften abzuspeisen, gekeltete Bigusch; es müßte jeder Kollege sich sagen, daß nur der Verband hier Abhilfe schaffen könne und deshalb jeder die Pflicht habe, ihm beizutreten. Jeder solle daher immer wieder und wieder agitieren und organisieren und bedenken, daß ein steter Tropfen den stärksten Stein höhle. Zu Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung, weil schon viele Kollegen Ueberstunden arbeiten, Sonntags abgehalten werden solle.

— Am 12. Oktober fand hier im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung der Bäcker Berlins und Umgegend statt, in welcher Liescher-Hamburg über: „Die soziale Rückständigkeit und Verlogenheit unserer Gegner“ referierte. Er geistelte in scharfen Worten die soziale Rückständigkeit unserer Gegner, welche bei allen unsern Forderungen, seien es auch die minimalsten, wie die Forderung von drei freien Nächten im Jahre, an den Tag legten. Besonders trette diese Rückständigkeit natürlich bei unsern größeren kulturellen Forderungen, wie Beschränkung der Arbeitszeit, Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, Gewährung eines freien Tages in der Woche, hervor. Dabei beschränkte man sich nicht auf die Bekämpfung unserer Forderungen, sondern verleumde unsere Organisation in der gemeinsten Weise. Als würdige Schüler unserer Gegner im Weislerlager erweisen sich die gelben Bundesbrüder, was sich wieder auf ihrem Casseleer Bundesstag zeigte. Kollege Schneider wies unter „Verschiedenes“ auf die bevorstehenden Wahlen zum Gesellenausschuß der „Germania“-Zunung hin, wo wir alle Veranlassung hätten, auf dem Posten zu sein, um die Machinationen der Gelben und deren Hintermänner zu durchkreuzen. Mit einem kräftigen Appell, dem Beschluß des Leipziger Parteitages nachzukommen, und nun keinen Tropfen Schnaps zu trinken, sowie einem Hoch auf die Organisation wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Erlangen. Am 15. Oktober fand hier eine öffentliche Bäckerversammlung statt, in welcher Kollege Lankes über das Thema: „Wer schädigt das Kleingewerbe, der Verband oder der Bund?“ referierte. Die Anwesenden folgten mit sichtlichem Interesse den Ausführungen; sie hörten etwas anderes, als ihnen von ihren Meistern immer wieder erzählt wurde. Selbst die anwesenden Arbeitgeber fanden keine Worte, um ihre Ansichten darzulegen. Es mag sein deswegen, weil selbst unter ihnen welche waren, die als Lieferanten nach Kasernen, Krankenhäusern usw. bekannt waren, daß in bezug auf das Rabattgeben nicht alles in Ordnung ist. Die Kollegen werden wohl aus dem Gehörten ihre Nutzenwendung ziehen und nicht mehr blindlings den Leuten Glauben schenken, die es niemals aufrichtig mit der Gehilfenschaft meinen können. Höchste Zeit ist es, daß auch die Kollegen Einsicht tun; denn die Löhne, die hier bezahlt werden, sind nicht dazu angetan, um ein sorgenfreies, angenehmes Leben führen zu können. Die hiesigen Verhältnisse der Gehilfen zählen zu den schlechtesten im ganzen Frankenland. Wundern braucht das einen nicht. Die Kollegen haben doch für alle andern Sachen mehr Zeit als für ihre Organisation; sie kümmern sich nicht um die Verbesserung ihrer Lage, sondern leben in dem Märchen des Selbständigwerdens in den Tag hinein. Das muß anders werden und es wird auch gelingen, wenn nun alle ehrlich denkenden Kollegen ihren Mann stellen, dafür sorgen, daß der letzte Gehilfe der Organisation zugeführt wird.

Bezirk Frankfurt a. M. Vom 8. bis 13. Oktober sprach Gauletter Gagner in zehn Versammlungen in unserm Bezirk. Die Tagesordnung lautete in allen Versammlungen: „Der Kampf der Gehilfen und Arbeiter um ihre Existenz, und welchen Einfluß übt die jetzige Umwälzung auf unser Gewerbe aus?“ Die großartigen Ausführungen des Redners fanden in allen Versammlungen ungeteilten Beifall und wurde eine Anzahl neuer Streiter und Mittkämpfer gewonnen.

Aus den einzelnen Versammlungen seien einige Details hervorgehoben: In Frankfurt war die Versammlung schlecht besucht; wenn auch der Tag kein geeigneter genannt werden kann, so hätten die Kollegen alle Ursache gehabt, trotzdem die Versammlung zu einer gewaltigen Kundgebung zu gestalten, zumal ein fortgesetztes Klagen über Brutalität der Arbeitgeber und Tarifdurchbrechungen an der Tagesordnung sind. Aber hier sind die Kollegen zu verwöhnt; viele Mitglieder glauben wunder was zu leisten, wenn sie ihre Beiträge entrichten. Versammlungen zu besuchen halten sie für überflüssig, glauben vielmehr, daß den Rubetag und andre Verbesserungen

der Vorstand oder der Angestellte ihnen auf dem Präsentierteller bringen werden. Erwähnt muß auch werden, daß der größte Teil der Bewerber um Stellung in Konsumbäckereien in den meisten Versammlungen fehlten, auch ein Teil der Konsumbäcker selber hatte nicht nötig, auch nur eine Versammlung zu besuchen. Kommentar überflüssig!

In **Homburg, Süßst., Danna und Offenbach** waren die Versammlungen vom größten Teil der Mitglieder und einer Anzahl Indifferenter besucht, und wurden auch eine Anzahl Mitglieder gewonnen.

In **Friedberg - Nauheim** waren fast alle Kollegen anwesend und traten die noch Unorganisierten dem Verbands bei. Der gelbe „Richard“, bekannt vom Wehlarer Streit, war auch nach Friedberg gekommen und hatte einen seiner Anhänger als Spion zur Versammlung geschickt, der sich anfänglich als organisiert hinzustellen versuchte, aber nebenbei den Kollegen Gagner gegenüber heimlich erklärte, daß er ein paar Jahre „Stenz“ (Buhalter) in München gemacht habe und deshalb nicht gerne sich erkennen lasse. Damit entlarvte er sich aber um so schneller und gestand dann ein, daß er ein Freund „Richards“ und „echt Gelber“ sei, fügte aber hinzu, daß er die Ausführungen Gagners voll anerkennt, aber die übrigen Kollegen verstanden solche Ausführungen nicht. Diese herabwürdigende Aeußerung löste die Entrüstung der Kollegenschaft heraus und nur mit Rücksicht auf das Ansehen der Organisation wurden Tälichkeiten vermieden und der „Stenz“ zu seinegleichen geschickt. (Am 8. November findet Mitgliederversammlung statt.)

Die Versammlung der Wäckerburschen (Hilfsarbeiter) **Frankfurt** war verhältnismäßig gut besucht. Waren diese Berufskollegen noch vor ein paar Jahren selbst nicht klar darüber, welcher Organisation sie sich anschließen sollten, so sind darüber heute alle Zweifel behoben, und mehr und mehr kommen sie auch zu der Erkenntnis, daß sie hier ein wichtiger Faktor im Gewerbe sind und in Verbindung mit den Bäckern in einer gemeinschaftlichen Organisation für beide Teile erfolgreich gekämpft werden kann. Beweise sind hierfür vorhanden, es gilt nur noch die Denksäulen aufzurichten, sie an ihre Menschenwürde zu erinnern und der Organisation zuzuführen, damit sie sich Respekt und Ansehen, wie es ihre Beschäftigung erfordert, verschaffen. Sicher ist, daß diese Branchensektion die besten Fortschritte machen kann, wenn alle Mitglieder ein wenig dazu helfen.

Die schwach besuchte **Konditorversammlung** schien kein großes Verständnis für kulturelle Fragen zu haben; seitens der nichtorganisierten oder anders organisierten Kollegen wurde eine Diskussion nicht beliebt, Mitglieder zu werden konnten sie sich aber ebenfalls nicht entschließen. Die getäuschte Hoffnung auf den Hallischen Verband hat sie noch mehr mißtrauisch gemacht. Die Leitung des Hallischen Verbandes sollte hier nun doch bald die Schädlichkeit ihrer Arbeit einsehen und im Interesse der Hebung und Besserung der Lage der Konditorgehilfen ihr Zerstückelungsmerkmal einstellen. Denn daß ihre sogenannte Organisation niemals die wirtschaftliche Lage der Konditorgehilfen wird verbessern können, glaubt kein Mensch; dazu gehört eine einheitliche, moderne, unabhängige Organisation — dies mögen sich die Konditorgehilfen Frankfurts endlich merken.

Gelsenkirchen. Am 13. Oktober fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die gut besucht war und in welcher Gauletter Gehilfen-Berlin über: „Die Wirkung der neuen Steuern auf unsere Lohnverhältnisse“ sprach. Er legte dar, daß wiederum eine ganze Anzahl der notwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände um ein Fünftel durch Steuern verteuert worden ist, weil alljährlich ungezählte Millionen für Meer und Marine verpulvert werden. Die bestehenden Klassen lasse man bei dieser Besteuerung ziemlich frei ausgehen und überlasse dem arbeitenden Volke die ganzen Lasten auf. Weiter betonte der Redner, daß die freie Gewerkschaft die einzige sei, die unsere Lage etwas verbessern kann, und er ermahnte die Kollegen, in den Verband einzutreten, um den Zentrumsanhängern zu zeigen, daß die Arbeiterklasse weiß, wo ihre Interessen am besten vertreten werden. In der Diskussion sprach Kollege Kollmater; er erwähnte das dreiste Vorgehen des Vorsitzenden der hiesigen Bruderschaft. Auf ein Schreiben, das wir an den Gesellenausschuß in Sachen der Sonntagsruhe richteten, erwiderte dieser schneidige Mensch, wir sollten ihn nicht mehr mit solchen Dingen belästigen, da er darauf nicht mehr antworten werde. — Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, kräftig in der Organisation mitzuarbeiten, damit unsere Mitgliedschaft immer weiter ausgebaut werde; aufgenommen wurde ein Kollege.

Gotha. Am 11. Oktober fand hier im Restaurant zu eine öffentliche Versammlung statt. Als Referent

Der Fleiß als Lebenszweck.

Motto: Schaffen und Streben Das heißt Leben.

In keiner Beziehung gehen die Begriffe weiter auseinander, als in bezug auf den Fleiß. — Der Fleiß wird als Tugend gepriesen, männiglich weit und breit, nach dem Motto: „Schaffen und Streben, das heißt leben.“ — Man spricht vom Fleiß der Wienen und vom Fleiß der Ameisen, kurzum, man lobt den Fleiß, wo man ihn findet. — Man hört aber auch viel reden über die Faulheit des gewöhnlichen Arbeiters, im Gegensatz zum Fleiß des höher bemittelten Arbeiters, des Künstlers usw.

Dies erinnert lebhaft an den Schloßergesellen, welcher gar langsam „g'feilt hat“. — Man lobt den Fleiß als eine Tugend und man tadelt die Faulheit als ein Laster, ohne sich um die Beweggründe zu beiden weiter sonderlich zu kümmern. — Es wäre aber absurd, anzunehmen, daß ein Mensch nur allein fleißig sei, des Lobes wegen, ebenso wie es absurd wäre, anzunehmen, daß ein Mensch seine Faulheit abstreife, wenn man ihn tadelt. — Es wäre ferner absurd, anzunehmen, daß ein Mensch nur fleißig sein könne, wenn er durch äußere gewaltsame Mittel dazu gezwungen wird. Ein bestimmtes Etwas treibt den Menschen auch, ohne Anwendung äußerer Gewaltmittel dazu, seine Tätigkeit zu entfalten. Ein bestimmter Trieb wohnt allen Lebewesen inne, ihre Tätigkeit zu entwickeln; es ist der Selbsterhaltungstrieb, welcher dem Trieb zur Tätigkeit vorangeht. Alle Uebel, welche lebende Geschöpfe bedrücken, spornen dieselben an, diesem Selbsterhaltungstrieb folgend, diese Uebel zu beseitigen.

Alle Unbehaglichkeiten, welche der empfindsame Mensch an sich verspürt, lassen denselben auf Mittel sinnen, die ihm

Uebel, diesen Unbehaglichkeiten abzuwehren, um wieder einen normalen Zustand herbeizuführen, in welchen er sich seinen Lebensgewohnheiten hingeben kann, in welchen er sich behaglich fühlt. — Der eigentliche Zweck aller Bestrebungen im menschlichen Leben ist demnach die Erhaltung des physischen Daseins und der Lebensgenuß. Man ist bestrebt, zu schaffen, man ist fleißig, um zu genießen. Der Mensch ist fleißig des Erfolges wegen, zu dieser Erfolg aufhört, schwindet der Fleiß, der freie Antrieb zum Schaffen; der Mensch arbeitet zwar noch, aber nur der eisernen Notwendigkeit gehorchend, es ist die Wahl zwischen „Sein und Nichtsein“, welche hier seine Tätigkeit unliebsam ansacht, welche ihn rastlos antreibt, zu jagen, bis er stirzt. — Dieses „Schaffen und Streben“ kann man aber nicht mehr normal nennen, es ist auch nicht nachahmenswert, denn es entspricht nicht dem Lebenszweck. Der Fleiß ist eine Tugend, aber das Tugendhafte liegt in der Methode desselben. Der Fleiß an und für sich ist nicht lobenswert, er entspricht dem Triebe zur Selbsterhaltung, er ist keine Tugend im Sinne des Wortes, er ist ein Mittel zum Zweck. Lobenswert ist der Fleiß, welcher eine nützliche Tätigkeit beherrscht, welche tatsächlich Nutzen bringt, und zwar nicht nur der Gesellschaft oder diesem oder jenem Privatmann, welcher von der Arbeit anderer lebt, sondern in erster Linie der Person desjenigen, welche ihn ausübt. Jeder andre Fleiß ist sehr fragwürdiger Natur. Er ist wider-natürlich. Ein Schiff z. B. strandet an einer fernen Insel in Westindien, welche von einigen Fluktuieren besetzt wird. Die Geretteten müssen den Boden um ihr tägliches Brot bearbeiten. Die Weiber der Insel, die Fluktuier, die Seeräuber, geben nur täglich ein Brot her, als volle Entschädigung für die Arbeit eines Tages, welcher

14 Stunden umfaßt. Die Leute mußten furchtbar arbeiten und um das bißchen Brot raufen; wenn sie sich also plagen, könnte man das Fleiß nennen? Würde man den Fleiß dieser Männer so recht herausloben als etwas Tugendhaftes? Mit demselben Rechte könnte man einen Abergaul loben und seinen Fleiß tugendhaft nennen, obgleich er durch die Weitsicht erzeugt wurde. Die bloße Erhaltung des Lebens ist nicht des Fleißes wert, erst der freie Genuß des Lebens verleiht dem Leben Reiz und Würze. Die Aussicht, die Früchte seines Fleißes zu genießen, gewährt Befriedigung, nicht die Aussicht, trotz allen Fleißes zu darben und zu entbehren. Wenn der Genuß des Lebens den Zweck des Lebens darstellt so ist jeder Fleiß berufen, der nicht auf diesen Genuß abzielt, ein solcher Fleiß ist zu beklagen; erst der Fleiß ist lobenswert, welcher ein nützliches Ziel, eine sorgenfreie Existenz zu erreichen strebt, ein Fleiß, welcher das Leben des Arbeiters harmonisch gestaltet und ihn die Früchte seiner Arbeit, seiner Tätigkeit genießen läßt.

Man könnte nun einwenden: „Der Lebensgenuß sei Nebenache, während die Lebenserhaltung die Hauptache sei.“ „Der Fleiß müsse sich in erster Linie auf die Erhaltung des Lebens richten.“ Nun, wer wollte stets nur „schaffen und streben“, aber nie genießen? Was nützt die ganze Erhaltung des Lebens, wenn mit dieser „Erhaltung“ kein weiterer Genuß verbunden ist! Was nützt dem Arbeiter sein Fleiß, wenn ihm die Früchte seiner Arbeit wieder entzogen? Der durch fleißige Hände geschaffene Mehrwert der Arbeit, welcher dem Träger dieser Hände zum Lebensgenuß verhelfen könnte, wird ihm durch die Reduzierung des Arbeitslohnes wieder entzogen. Der Besitzer der Produktionsmittel, der kapitalistische Unternehmer, eignet sich diesen Mehrwert an, um sich entweder

war Kollege Friedrich aus Halle erschienen, der über das Thema „Der Kampf der Bäckergehilfen um ihre Menschenrechte“ referierte. Der Besuch der Versammlung ließ noch zu wünschen übrig; die Gothaer gehen lieber ihren Vergnügen nach, als sich nur ein bißchen um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu kümmern. Zunächst führte Friedrich den Anwesenden die traurigen Zustände vor Augen, unter welchen sie noch arbeiten müssen, besonders das fluchwürdige Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber. Dann kam er auf die Erfolge zu sprechen, welche der Bäcker- und Konditorenverband in den letzten Jahren in vielen Städten zu verzeichnen hatte und rief den Anwesenden zu: „Wer es ernst meint mit der Verbesserung seiner Lage, muß sich dem deutschen Bäcker- und Konditorenverband anschließen.“ In der Diskussion sprach Kollege Köhler über die Lehrlingszucht und erwähnte unter anderem, daß der Obermeister Maurer „nur“ vier Lehrlinge und einen Gesellen beschäftigt. Die Kollegen möchten sich daraus ein Bild machen, ob jeder Kollege Meister werden könne. In Wirklichkeit müßten 95 pSt. die Fabrik aufsuchen und dort den Lohnrücker machen. Andre schlossen sich diesen Ausführungen an und Kollege Friedrich rief den Kollegen zum Schluß nochmals zu: „Hinein in den Deutschen Bäcker- und Konditorenverband! Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt alles!“

Hagen. Am 10. Oktober referierte Gauleiter Gehchold-Berlin hier in einer öffentlichen Versammlung. Er sprach über: „Die Wirkung der neuen Steuern auf unser Lohnverhältnis“. Die Lehre, welche die Kollegen aus dieser Versammlung ziehen sollten, ist: Fort mit den Lutzvereinen, fort mit dem gelben Hund — hinein in den Verband der Bäcker und Konditoren, auf daß auch wir hier in Hagen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen!

Halle a. d. S. In der am 10. Oktober tagenden Mitgliederversammlung wurde vom Genossen Redakteur Bod ein lehrreicher Vortrag über: „Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung und dortige Lohnverhältnisse“ gehalten. Medner legt die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas seit seiner Entdeckung dar und gibt einen Ueberblick über die sozialen Vereinigungen und ihre Geschichte bis zur Jetztzeit. Er streift dann auch die letzte Reise und die Absichten des Gewerkschaftspräsidenten Comper. Redner wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall zuteil. Der Vorsitzende gab dann Bericht über die Gewerbegerichts-wahlen. Ferner, daß im Monat September sechs neue Mitglieder aufgenommen wurden; ein vom Militär entlassener Kollege wird in unsern Reihen wieder herzlich willkommen heißen. Kollege Dölle gab dann den Kasfenbericht; auf Antrag wurde ihm Entlastung erteilt. Unter „Kartellbericht“ gibt Kollege Geiersbach bekannt, daß als zweiter Arbeitersekretär Genosse Klees-Wurzen gewählt ist. Die Versammlung war gut besucht.

München. (Terrorismus in der Hofbäckerei.) Die meisten Münchener Bäckerei-Inhaber haben sich damit abgefunden, daß ihre Arbeiter ihrer Berufsorganisation angehören. Viele Meister stehen heute sogar schon auf dem Standpunkt, daß ihnen organisierte Gehilfen lieber sind als unorganisierte. Sie sind durch ihre praktischen Erfahrungen zu dieser Ueberzeugung gekommen, und es ist vergebliche Liebesmühe der Innungs-demagogen, diesen Meistern eine andre Meinung beizubringen. Freilich gibt es auch noch Einzelne, bei denen das Wort Organisation die gleiche Wirkung hervorruft, wie bei einem bekannten Tier das rote Tuch. Zu dieser Gruppe zählt anscheinend auch die Geschäftsleitung der königlich bairischen Hofbäckerei Anton Seidl, G. m. b. H. in München. Seit Jahren leiden die ersten Gehilfen in diesem Betriebe darunter, daß man ihnen verbietet, der Organisation beizutreten. Und wehe dem, der von seinem gesetzlichen Recht Gebrauch machen würde, seine Brauchbarkeit wäre dadurch sofort in Frage gestellt. Mänglichlich vermeiden deshalb diese Kollegen alles, was sie in den Verdacht bringen könnte, mit der Organisation in irgendwelchen Beziehungen zu stehen. Stets haben sie ihr Fernbleiben von der Organisation damit begründet, daß es bei ihnen nicht an dem guten Willen oder an Interesse für die Sache fehle, sondern nur die Sorge um die Existenz halte sie von dem Beitritt ab. Sehr oft mußte die Verbandsleitung wegen dieser Repressalien schon bei der Firma vorsprechen. Der Geschäftsleiter Herr Girisch und Direktor Herr Kreil versicherten dann jedesmal, daß sie ihren Arbeitern hinsichtlich der Organisation nie etwas in Weg legen. Diese Behauptungen haben freilich durch die vorgekommenen Tatsachen sehr an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Sind erste Posten zu besetzen, so wird den Bewerber nahegelegt, daß

sie, wenn sie auf den Posten reflektieren wollen, nicht organisiert sein dürfen. Das ist die Hauptsache. Ob der Bevorzugte die Arbeit leisten kann, ist anscheinend Nebensache. Man hat wiederholt den langjährig eingearbeiteten Gehilfen vollständig unfähige Gehilfen vorgeführt, nur weil diese der Firma zu Willen waren; die übrigen Arbeiter mußten sie dann erst abrichten. Wegen solcher Schiebungen haben vor nicht allzulanger Zeit die Arbeiter in der Zweibackabteilung die Arbeit niedergelegt. In der Zuckerbäckereiabteilung hat man bereits einen der tüchtigsten und am längsten in dieser Abteilung beschäftigten Gehilfen zweimal übergegangen und für ein drittesmal schon den Versuch gemacht, obwohl dieser Gehilfe mehr denn ein Jahr auswärts dem Oberbäckereiposten zur vollsten Zufriedenheit vorgestanden hat. Dieser Kollege hat eben nur den einen Fehler, daß er überzeugter Gewerkschaftler ist. Man hat nun in jüngster Zeit einen fremden, in Münchener Bäckergehilfenkreisen sehr gut bekannten Gehilfen, der nicht organisiert ist, in die Zuckerbäckereiabteilung geschoben. Dieser Kollege wird nun auf den Oberbäckereiposten vorbereitet. Den Vogel abgeschossen hat aber die Firma zweifellos in folgendem Fall: Vor kurzem ist der erste Gehilfe der Konditorabteilung außer Dienst gegangen. Als Nachfolger wurde der Dienstälteste ernannt. Dieser Kollege gehört bereits elf Jahre seiner Organisation an. Vor einigen Tagen wurde diesem Mann von dem Direktor Kreil nahegelegt, aus der Organisation auszutreten, weil sich die Zugehörigkeit zum Verband mit seiner derzeitigen Stellung nicht vertrage. Man verlangt von dem Mann nichts mehr und nichts weniger, als er solle seine Ueberzeugung verkaufen, auf seine sehr erheblichen Rechte, die er in der Organisation erworben hat, verzichten und zum Geloten der Firma herabsinken. Tut er das nicht, so wird er hinausgeworfen, weil bereits ein anderer an seiner früheren Stellung ist und er deshalb überflüssig ist. Solche Maßnahmen sind geradezu ein Skandal, und daß sie von einer so renommierten Firma angewendet werden, ist doppelt traurig. Sätten die Herren nur das geringste Gefühl dafür, was der Arbeiter fühlt, so würden sie sich solcher Taten schämen. Herr Girisch und Herr Direktor Kreil hätten wahrlich etwas andres zu tun, als sich als Scharfmacher aufzuspielen, da in dieser Hofbäckerei in anderer Beziehung noch manches faul ist.

Gewerbegerichtliches.

Gehorsam ist des Konditors Pflicht, und zwar unter allen Umständen nach Ansicht des Meisters G. in Linden bei Hannover, der sich von seinem früheren Gehilfen Schr. wegen kündigungloser Entlassung vor dem dortigen Gewerbegericht verklagen ließ. Der Kläger hatte eine einstündige Mittags-pause, und als er während derselben eines Tages vor der Tür stand, forderte der Meister ihn unter Vorgabe einer eiligen Arbeit auf, die Tätigkeit in der Backstube zu beginnen. Das lehnte der Kollege aber ab und wurde daraufhin sofort entlassen. Da durch Beweisaufnahme das Gewerbegericht feststellte, daß der Gehilfe tatsächlich nur die ihm zustehende Pause eingehalten hatte, wurde der Herr Meister verurteilt, ihm M. 55 Entschädigung zu zahlen. Der naive Einwand des Backstubenpachas, der Gehilfe habe ihm doch den „Gehorsam verweigert“ und sei somit zu Recht entlassen worden, fand nicht die gewünschte Beachtung.

Allgemeine Rundschau.

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs wird im „Statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich“ zurzeit auf 63 886 000 Personen geschätzt. Für Mitte vorigen Jahres betrug die Schätzung 62 982 000, so daß also im Laufe eines Jahres eine Zunahme um etwa 900 000 Köpfe zu verzeichnen wäre. Die Volkszählung am 1. Dezember 1905 ergab 60 641 278, mithin beträgt die Vermehrung in nicht ganz vier Jahren 3¼ Millionen Einwohner.

Gewerkevereinschwindel. Durch die Hirsch-Dundersche Presse, voran der „Gewerkeverein“ (dieses Blatt faßelt sogar von einem neuen „Vormärts“-Schwindel, obwohl die ihrer Notiz vorgelegte Stichmarke richtig „Gewerkeverein“-Schwindel heißen müßte) geht eine Notiz, die darauf berechnet ist, den offiziellen Streikbruch der Hirsch-Dunderschen Töpfer in Königsberg i. Pr. zu rechtfertigen. Wir wollen hierzu nur kurz feststellen, daß in Königsberg der Töpferstreik im Herbst des vorigen Jahres von den Unternehmern gekündigt und dann verjagt wurde, den Gehilfen

einen reduzierten Tarif aufzuzwingen. Die Hirsch-Dunderschen Töpfer Königsbergs, von denen das Gros schon damals ausschließlich in der geperterten Firma Bonn unter Tarif arbeitete, ließen sich die den Töpfern zugemutete Tarifkürzung widerspruchslos gefallen und schlossen den von den Meistern diktierten Vertrag ab. Als dann am 1. Januar d. J. der Abwehrkampf der Königsberger Töpfer ausbrach, da betätigten sich die Hirsche selbstverständlich als Streikbrecher und im Verlauf des zirka neun Monate währenden Abwehrkampfes trat sogar die Vereinsleitung der Hirsch-Dunderschen Töpfer und Ziegler, Sig Bitterfeld, in ihrem Organ offiziell dafür ein, daß nach Königsberg Streikbrecher gesandt werden sollten. Diesem „Ruse“ sind bekanntlich auch einige Hirsch-Dundersche Töpfer aus Berlin gefolgt, jedoch kam es bald nach ihrer Ankunft in Königsberg zum Friedensschluß, wobei vereinbart wurde, daß die Berliner Hirsche nach Ablauf von drei Wochen wieder entlassen werden müssen. Außerdem sahen sich die Unternehmer gezwungen, den früheren mit Verband und Lokalverein abgeschlossenen Tarifvertrag (also nicht, wie z. B. der „Gewerkeverein“ behauptet, den mit den Hirschen abgeschlossenen reduzierten Vertrag) wieder anzuerkennen und zwar solange, bis neue Vereinbarungen abgeschlossen sind. Der mit den Hirschen abgeschlossene reduzierte Tarif wurde von den Meistern gekündigt, um auf diese Weise wieder für Königsberg einen einheitlichen Tarif zu erhalten. Das ist der unbefreitbare Sachverhalt. Daß dieser den Hirsch-Dunderschen Drahtziehern unangenehm und unbequem ist, ist zu verstehen. Es beweist aber auch die ganze Zäuberlichkeit dieser Tuchgewerkschaft, daß ihre Organe das arbeiterverräterische Gebaren der Königsberger Hirsche noch verteidigen und zwar unter Anwendung plattester Lüge und Verdrehung. Allerdings ist man bei diesem Gegner nichts Besseres mehr gewohnt!

Kellnerfachschulen. Das ist das neueste auf dem Gebiete der Ausbeutung derer, die nie alle werden. Seit mehreren Monaten sieht man in der Tagespresse Annoncen auftauchen, worin einem jeden, der sich der Mühe unterziehen will, vier bis sechs Wochen eine solche „Kellnerfachschule“ zu besuchen, Stellungen mit einem monatlichen Einkommen von M. 200 bis 400 versprochen werden. Aber schon während der „Lehrzeit“ werden den Schülern angeblich Aushilfsarbeiten verschafft, bei denen täglich M. 8 bis M. 10 zu verdienen sind. Was Wunder, wenn diesen Kellnerschulen eine Menge zufließen, die ihr letztes Geld darauf verwenden, um dann einen Lebensberuf ergreifen zu können, in welchem so glänzende Aussichten winkten.

Solche Kellnerfachschulen bestehen bereits in Breslau, in Berlin und Magdeburg. Marktstreiferische Reklame mit Prospekten und Annoncen wird getrieben, um immer neue Opfer heranzuziehen. Dazu gehören auch die „amtlich geprüften Dankschreiben“ von angeblich ehemaligen Schülern. Leute aus „allen Ständen und jeden Alters von 14 bis 40 Jahren“ werden angenommen, und die wirtschaftliche Krise der letzten Jahre hat in der Tat viele, die in dem bisherigen Berufe keine Arbeit mehr finden konnten, diesen famosen Fachschulen zugeführt.

Ein gewisser Weiler, der keinen Satz richtig Deutsch schreiben kann, was ihn aber nicht hindert, sich „Generaldirektor der ersten internationalen Gastwirtsgelhilfen-Fachschule Europas“ zu nennen, hat schon mehrere solcher Schulen gegründet. Anscheinend ein rentables Geschäft. — Wie kürzlich in einem gegen den „Gastwirtsgehilfen“ geführten Prozeß festgestellt wurde, sind in diesen Schulen Fachlehrer angestellt worden, die auf ihre Befähigung als solche gar nicht geprüft, die über ihre Aufgaben gar nicht unterrichtet worden waren, die aber dem Herrn „Generaldirektor“ je M. 1000 „Geschäftseinlage“ zahlen mußten, die sie dann sehr schwer oder gar nicht herausbekommen konnten. Den Schülern, denen man außer verbienebenen Nebenabgaben für den Kursus M. 90 bis M. 110 abnahm, verspricht man beim Eintritt glänzende Stellungen; gehalten werden diese Versprechungen nicht.

Es ist ein Umding, Leuten im vorgerückten Alter, die in früheren Berufen vielleicht eine sehr schwere Arbeit zu leisten hatten, bei der vor allem große Körperkräfte nötig waren, in vier bis sechs Wochen einen Beruf anzulernen, der vor allem Biegsamkeit, Gewandtheit und Geschicklichkeit erfordert. Das ganze ist nur darauf angelegt, die Gelder der Schüler und der Lehrer zu erhalten. Es ist dringend zu warnen, auf derartige Inferate hineinzufallen. Wer in späteren Jahren aus irgend einem Grunde seinen Beruf wechseln muß und im Gastwirtsberufe tätig sein will, der muß eben auch hier von vorn anfangen, zunächst also eine Stellung als Hausdiener oder dergleichen annehmen. Er muß aber auch damit rechnen, daß er sich betreffs des Verdienstes und auch bezüglich der übrigen Arbeitsverhältnisse weit schlechter stellen wird, als in seinem früheren Beruf.

In 22 Minuten vom Weizenfeld bis zum Biskuit.

In dem amerikanischen Städtchen Waitsburg steht die älteste Mühle des Staates Washington. In dieser Mühle sind neulich Biskuits verzerbt worden, deren Entstehungsgeschichte ein Kuriosum ist. Als man diese Biskuits nämlich aus dem Backofen zog, waren erst 22 Minuten verstrichen seit dem Augenblick, in dem man das zu ihnen verwandte Weizenmehl als wogendes Korn auf sonnigem Felde schnitt. In 22 Minuten vom schwankenden Galn zum tadellosen Biskuit! Es ist gut, daß der Vorgang von fünfzig einwandfreien Personen bezuget worden ist, weil wären sonst geneigt, an einen Scherz zu glauben. Die Beschreibung des Arbeitsprozesses überzeugt uns allerdings sofort von der Wohl-ausführbarkeit dieses Kunststückchens. Auf dem Weizenfelde eines Mr. Atkinson (das zwei Meilen von der Mühle entfernt war) begann die Arbeit. Mr. Atkinson war sogleich mit dem Versuch (den man ganz unorbereitet unternahm) einverstanden und ließ die Maschinen auf seinem Felde sofort anhalten. Als sie gereinigt waren, gab man das Weizen zum Schneiden des Probekorns. 9 Uhr 3 Minuten stand dieses noch hoch und stolz auf dem Felde. 9 Uhr 4 Minuten sah man die ersten Galme fallen. 9 Uhr 8 Minuten wanderte der Weizen in die Dreschmaschine. Drei Minuten später standen vier wohlgefüllte und zugedichtete Säcke Weizen auf dem Felde. Nun galt es, diese Säcke, die zusammen 536 Pfund wogen, in die zwei Meilen entfernte Mühle zu

in seinem Betriebe zu vergrößern oder sich allen möglichen Luxus anzuschaffen, während diejenigen, welche die Mehrwerte durch ihren Fleiß geschaffen haben, an dem notwendigen Mangel leiden. Dieser Notstand wird freilich von dem fatten Unternehmertum geleugnet oder auf die Lieberlichkeit der Arbeitererschaft zurückgeführt. Diesbezüglich sagte schon vor Jahren der englische Volksmann John Ruskin: „Wenn die Sozialisten auf das menschenswürdigste Dasein der Beschloßenen hindeuten, so wird ihnen von Politikern und Zeitungsschreibern oft gesagt, daß alle die Leiden der Armen hauptsächlich von ihrer eignen Dummheit und ihren eignen Lastern herrühren.“ Teilweise haben diese klugen Leute recht, denn der Lohnarbeiter könnte — wenn er mehr Rücksichtslosigkeit üben würde, wenn er weniger sorglos wäre und wenn er es besser verstände, gewisse Leidenschaften zu beherrschen und mit seinen Kräften vernünftig hauszuhalten — manche Leiden sich ersparen. Aber deshalb haben die bezahlten Inten-tulisten und die gedungenen Weisheitskapitel der Kapitalisten noch lange kein Recht, auf den Arbeiter zu schimpfen und ihm Lieberlichkeit vorzumerfen. Warum soll der Arbeiter auf Behaglichkeit und Lebensfreude Verzicht leisten, wenn er seinen ganzen Fleiß aufwendet? Warum soll er sich mit dem Arbeitstier auf eine Stufe stellen, das bei einem vollen Magen, auf einem Strohlager im warmen Stall sich schon vor Behaglichkeit wälzt? Der Mensch hat mehr Bedürfnisse als ein frommes deutsches Pferd, wenn auch sein „Wigwam“ oft nicht besser ist als ein Viehstall, so hält er doch auf allerhand Körpereschmutz, mag derselbe noch so lächerlich erscheinen. Das Negermädchen, die Negerin schmückt ihren nackten Körper mit einem bunten Schurz aus Federn der Papageien, und falls sie ein Hemd trägt,

so verzierst sie dasselbe mit allerlei „Schmuck“, bunten Bändern, hübschen Schleifen, Glasperlen und dergleichen. Warum soll das Fabrikmädchen nicht auch an solchen unschuldigen Putz denken, der ihr und andern Freude macht? Warum soll der junge, fleißige Arbeiter nicht ebensolche schmucken Kleider tragen wie der faulenzende Sohn eines Fabrikanten? Warum soll der Familienvater nicht in seiner Häuslichkeit sich Annehmlichkeiten und Kurzweil schaffen dürfen? Warum nicht für Unterhaltung sorgen können, seien es nun Bücher oder Musikinstrumente, mag es ein Leierkasten oder ein Grammophon sein; auf jeden Fall trägt es zur Erheiterung nach vollbrachtem Tagesfleiß bei und weckt die Lebenslust. Alle reichen Leute gönnen sich solche Abendunterhaltungen, sie laden entweder große Gesellschaften für diesen Zweck ein oder sie gehen selbst in Gesellschaften, Konzerte, Theater, Bälle u. dergl., sie erachten dies für selbstverständlich; denn das Leben verlangt sein Recht. Aber auch der Arbeiter hat ein Recht an das Leben, weil er ein Mensch ist, und das um so mehr, als er im Schwelche seines Angesichts die Mittel erzeugt, vermöge derselben die Drohnen des Wienstaates ein lustiges Leben führen. Da faßeln die Stubengelehrten vom „Segen der Arbeit“. Wo die Erträgnisse derselben nur hinreichen, um das nackte Leben zu fristen, da kann doch von einem „Segen“ wahrhaftig keine Rede mehr sein. Der „Segen der Arbeit“, der Segen des Fleißes, kommt heutzutage nur dem Unternehmer zugute.

Der Fleiß ist Lebenszweck, darüber sind wir mit den „Gelehrten“ einig, aber dieser Zweck wird nur erreicht, wenn der Fleißige auch seinen gerechten Anteil an der Schaffung von Lebensgütern erhält. Erst dann, wenn dies geschieht, erhält der Spruch Geltung: „Schaffen und Streben, das heißt Leben.“ Th. H.

schaffen. Sie wurden zu diesem Zwecke auf ein Automobil von dreißig Pferdestärken geladen, das mit einer Geschwindigkeit von 40 Meilen pro Stunde Waitsburg entgegenkaufte. Drei Minuten, nachdem man den letzten Sack auf dem Felde zugenäht hatte, war das Korn schon in der Mühle gewogen worden und in dem mächtigen Mühlenrichter verschwunden. Fünf Minuten später erschien das erste Mehl. Augenblicklich stürzte sich ein Bäcker darauf und begann es mit Wasser und Backpulver zu verrühren. 9 Uhr 21 Minuten wurden die rohen Biskuits in einen vorher erhitzten Gasolin-Ofen hineingeföhoben. Als sie zwei Minuten gebacken hatten, waren die vier Säcke Weizen inzwischen schon zu zwei Säcken tabellosen Mehls gemahlen, die fertig zum Versand dastanden. Die Biskuits backten im ganzen fünf Minuten. 9 Uhr 26 Minuten zog man sie aus dem Ofen heraus. Sie waren tabellos geraten und zeigten auf ihrer Wölbung die kunstgerechte bräunliche Fönung, die sie haben müssen. Man verteilte sie unter die Zuschauer, die ihre Uhren nun einstellen konnten.

Das Geschichtchen wurde kürzlich durch die Presse verbreitet — es schadet aber nichts, wenn unsere Kollegen nicht an alle Einzelheiten der Wunderleistung glauben.

Genossenschaftliches.

Unsere Genossenschaftstarif haben außer den bisher bekannt gegebenen Vereinen noch anerkannt: Wädereigenossenschaft Berlin, Konsumverein Gemelingen bei Bremen, Konsumverein Mittenstein, Konsumverein Bormärs in Böhmisches, Konsumverein Olsberghaus i. Erzgeb. Das sind nun insgesamt 106 tariffreie Vereine, welche zusammen 95 Badmeister und 1361 Wäder beschäftigen.

Der Parteitag und die Genossenschaftsfrage. Am Schlusse unsres Berichtes über den Parteitag in Leipzig hoben wir besonders hervor, daß der Antrag, die Genossenschaftsfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen worden sei. Da in unsern Kreisen für diese Frage großes Interesse herrscht und wir dieses auch noch möglichst verstärkt sehen möchten, so bringen wir heute die kurze Diskussion zum Abbruch, die sich bei der Behandlung des Antrages entwickelte. Begründet wurde er (Antrag 254) vom Genossen Zubeil. Dieser führte aus:

Die Mehrzahl der Arbeiterschaft, auch der organisierten, steht heute noch dem Genossenschaftswesen teilnahmslos gegenüber. Wenn wir aber auf Schweden sehen, wo die Resultate der schwedischen Arbeiter in ihrem schweren Kampfe meiner Ueberzeugung nach auch zum großen Teil auf die wirtschaftlichen Einrichtungen der Genossenschaft zurückzuführen sind, so muß uns das veranlassen, auch diese Frage einmal auf dem nächsten Parteitag gründlich zu erörtern. Viele Genossen stehen der Sache teilnahmslos gegenüber, weil sie nicht einverstanden sind mit der heutigen Dividendenjagd und auch andern Dingen.

Nach ihm nahm Kasten ein Wort: Dieser Antrag ist zum erstenmal vor zwölf Jahren gestellt, seitdem öfter wiedergelommen und jetzt zur Annahme reif. Der Parteitag hat schon einmal 1892 sich mit dem Genossenschaftswesen beschäftigt. Es betraf aber nur die Produktivgenossenschaften, und es ist charakteristisch, daß damals mit keinem Wort der Konsumgenossenschaften gedacht wurde, dem eigentlichen Kern und der Kraft der proletarischen Genossenschaftsbewegung. Das, was wir gestern gesehen haben und was inzwischen in einer ganzen Reihe von deutschen und ausländischen Städten herangewachsen ist, beweist uns, welches Kampfmittel der Arbeiterbewegung hier verborgen liegt. Der Parteivorstand selbst hat in bezug auf den genossenschaftlichen Bezug einen Fingerzeig in seinem Berichte gegeben, indem er vom gemeinsamen Bezug des Papiers der Parteibrudereien spricht. Das zeigt, daß man das Bedürfnis, den Konsum zu organisieren, allmählich auch in den Körperschaften einsieht, die sich weniger mit wirtschaftlichen als mit politischen Fragen zu beschäftigen haben. Die Dinge in Schweden und Dänemark zeigen, welche Macht die Arbeiterschaft heute schon auf wirtschaftlichem Gebiet entfalten kann, wenn sie nur will. Es handelte sich doch um die Frage, ob die Arbeiter ihre bei den Sparkassen und Banken deponierten Gelder abheben sollen. In Dänemark ist es 1899 geschehen, um die Banken in Verwirrung zu bringen. Dann aber ist es auch möglich, daß man es tut, um eine positive Wirkung für die Arbeiterschaft zu erzielen. Heute werden die Gelder der Arbeiterorganisationen größtenteils in den Händen unserer Gegner angelegt, in Hypotheken, in Staatspapieren, sogar in Kirchenkasernen usw. Das entspricht nicht dem Interesse der Arbeiterbewegung; es ist notwendig, daß die Arbeiter ihr Kapital zusammenfassen, um es zu eignen Zwecken zu verwenden. Aber noch ein andres macht den Antrag besonders wichtig. Ich habe schon öfter Veranlassung gehabt, auf unsere österreichischen Genossen als Vorbild hinzuweisen, die immer in rührender Bescheidenheit sich als unsere gelehrigen Schüler bezeichnen. In einigen Punkten können wir von ihnen lernen, und einer dieser Punkte ist die unverbrüchliche Einheit aller Faktoren der Arbeiterbewegung, des politischen, des genossenschaftlichen und des gewerkschaftlichen Faktors. Wir im Reich leiden unter dem Kaiser des Theorienmachens. Für jedes Ding, das existiert, wird bei uns eine besondere Theorie gemacht. Daraus und aus den Kompetenzstreitigkeiten entwickeln sich dann Gegensätze. So ist die Sache, wie sie leider lange Zeit zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung war, auf dem besten Wege, auch zwischen Partei und Genossenschaftsbewegung zu werden. Die große Masse der Mitglieder der Arbeiterkonsumvereine gehört zu unserer Partei, aber die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bekennt sich zu einer Neutralitätstheorie, die der Arbeiterpartei genau so gleichgültig gegenübersteht wie der antisemitischen, der konservativen und dem Zentrum. Dabei ist nur auf die Sozialdemokratie für die Konsumvereine Verlaß. So notwendig die Genossenschaftsbewegung ist, ihre Wirkungen werden gelähmt durch die planmäßige Volksauswanderungspolitik der Regierung. Es handelt sich wesentlich um zwei Dinge: die Lebenshaltung der Arbeiterklasse möglichst zu erhöhen, auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Wege, und zweitens an Stelle der kapitalistischen Produktion eine genossenschaftliche, d. h. sozialistische, zu setzen. In dieser Richtung haben sich alle Zweige der Bewegung zu betätigen. Es gilt, die Genossenschaften nutzbar zu

machen für die Arbeiter und zugleich die Einheit herzustellen zwischen den verschiedenen Zweigen der proletarischen Bewegung. Ich bitte Sie, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, damit er, wenn nicht zwingende Gründe dagegen vorliegen, die Frage auf die nächste Tagesordnung setzt.

Auch Ritter-Berlin unterstützte den Antrag. Er sagte: Ich bitte gleichfalls um Annahme des Antrages, allerdings nicht aus den Gründen, die Zubeil angegeben hat. Wir werden uns auf dem nächsten Parteitag nicht lediglich über die Frage der Dividendenjagd unterhalten, sondern auch darüber, daß wir jahrelang eine Nachlässigkeit gezeigt haben. (Sehr richtig!) Als Vorsitzender einer Propagandakommission für die Verbreitung des Genossenschaftswesens rechne ich bestimmt darauf, daß der nächste Parteitag eine freundlichere Stellung zum Genossenschaftswesen einnimmt als 1892. Wir haben an die Frage nicht nur von dem Gesichtspunkte heranzutreten, daß wir immer wieder das Ersuchen an die Konsumvereine richten, besser für ihre Angestellten zu sorgen, sondern auch von dem Gesichtspunkte, ob die sozialdemokratisch gefinnte Arbeiterschaft auch das ihrige getan hat, diese Bewegung zu fördern. (Beifall.)

Der Konsumverein in Würzburg hat das siebte Geschäftsjahr hinter sich. Der Gesamtumsatz betrug M. 935 120,51, ein Mehr gegen das vorige Jahr von M. 110 258,40. In der Wäderei wurden für M. 192 000 Badwert hergestellt. Die Mitgliederzahl nahm um 464 zu; der Gesamtbestand beträgt 3282 Mitglieder. Die Mitgliederersparnisse betragen M. 54 317,83. Der Verein beschäftigt zurzeit 54 Personen und erfreut sich einer gesunden Entwicklung.

Innungen und Handwerker-genossenschaften. Die Handwerkskammer zu Altona führt in ihrem Jahresbericht für die Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 lebhafteste Klage über die Interesslosigkeit der Innungen ihres Bezirks am Genossenschaftswesen. Die Handwerkskammer Altona umfaßt die Kreise Altona-Stadt, Pinneberg, Steinburg, Rendsburg, Kiel-Stadt, Bordschölm, Neumünster-Stadt, Plön, Oldenburg, Segeberg, Stormarn, Wandsbek-Stadt und das Herzogtum Lauenburg sowie das Oldenburgische Fürstentum Lübeck, erstreckt sich also über ein sehr weites Gebiet. Wie die Innungsmeister in diesem Gebiete über das Genossenschaftswesen denken, das mag man aus folgendem Passus aus dem Berichte ersehen:

„Unser Ausschuss zur Förderung des Genossenschaftswesens hatte in seiner Sitzung vom 11. Juni 1908 beschlossen, an die Innungen unsres Kammerbezirks einen Fragebogen zu versenden zu dem Zweck, festzustellen, wo ein Bedürfnis nach Aufklärung durch zu haltende Vorträge bestehe und wo die Errichtung von Genossenschaften gewünscht werde. Das Resultat dieser Umfrage war ein geradezu klägliches. Nur 39 Innungen von 229 hatten sich geäußert, und zwar in weit überwiegender Mehrheit gänzlich ablehnend, nur eine Innung hat direkt um einen Vortrag über Konsumgenossenschaften gebeten, der auch von dem Sekretär gehalten worden ist.“

Wenn die Kammer angefragt hätte, ob die Innungen Vorträge gegen die Konsumvereine wünschten, wäre das Resultat vermutlich anders ausgefallen. Die Hege gegen die Konsumvereine, die von Mittelständlern, Krämer und Rabattspareinern sowie von gewissen Politikern zum Zwecke des Stimmenganges getrieben wird, hat die an sich schon geringe Neigung in Handwerkerkreisen, durch genossenschaftliche Selbsthilfe die Situation der Handwerker zu verbessern, gänzlich erstötet. Die Resultate von Umfragen, wie sie die Altonaer Handwerkskammer veranstaltete, werden solange kläglich bleiben, wie die Konsumvereinsfeindschaft in Handwerkerkreisen andauert. Das Vertrauen in die eigene genossenschaftliche Arbeit entfällt nicht, wenn die genossenschaftliche Arbeit anderer Bevölkerungsschichten fortwährend herabgesetzt wird.

Das Brüsseler Volkshaus, die große sozialistische Genossenschaft Maison du peuple, hat für die im nächsten Jahre in Brüssel stattfindende Weltausstellung sich einen genügend großen Platz gesichert, um darauf Brot und Backwaren zu produzieren. Außerdem soll ein Restaurant während der Dauer der Ausstellung den in- und ausländischen Genossenschaften und Genossenschaftsfreunden als Treffpunkt dienen.

Aus dem Innungslager.

Obermeister Drifler-Frankfurt am Main. Der „gutbedachte“ Herr Obermeister Drifler hat seine Ehrenämter bei der Innung und bei der Krankenkasse niedergelegt — ob freiwillig oder unfreiwillig, das wissen wir nicht — und sind bereits seine Nachfolger gewählt. Wir registrieren dies nicht, um dem „vielverdienten“ Obermeister noch einen weiteren Schmerz zu bereiten, sondern nur, um festzustellen, daß Herr Drifler, der „doch immer recht“ hatte, seine unfolgsamen Innungsmitglieder nicht zu überzeugen vermochte, daß er nur für das Allgemeinwohl seiner Kollegen sich aufopfere. Aber wir schenken dem Worte vollen Glauben, daß Herr Drifler in der Bekämpfung der Arbeiterorganisation und ihrer berechtigten Forderungen nach wie vor seinen Mann stellen wird. Auch geben wir der Frankfurter Bäcker- und Konditorzeitung recht, daß nach Ausfall der Wahl die Zahl geeigneter Bewerber für die Posten nicht groß gewesen sein kann, gratulieren aber Herrn Kaufmann Busch zu seiner neuen Würde als Obermeister der Frankfurter Bäckerinnung.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Die festgenagelten Gelben. In den letzten Nummern stellten wir unter Beweis, daß der gelbe Bund der Bäckergehilfen, vorausgesetzt, daß für jedes Mitglied desselben der statutarische Beitrag von M. 1,80 pro Jahr an die Bundeskasse abgeführt werde, nur 1515 Mitglieder zählt. Unsere Feststellung, die wir an der Hand des schönen ausführlichen Rassenberichts, den das Ehrenmitglied der Gelben, Herr Wilhelm Hartmann, der Öffentlichkeit bescherte, vornahmen, hat, wie vorausgesetzt, den gelben Drei in heftige Wallung versetzt. Die neueste Nummer des Bundesblattes bringt in einem Artikel vor über die ganze Breite des Blattes, betitelt: „Zur Charakterisierung der sogenannten Wahrheits-

liebe unsrer Gegner“, ein grimmiges Wutgeheul über die Ohrfeigen, die wir den gelben Genossen verfehen mußten. Sie glauben nun, den Spieß einmal herumdrehen zu können, und wollen uns vorrechnen, wieviel Mitglieder wir eigentlich hätten; vorher macht man natürlich wieder die von uns leithin hinlänglich charakterisierten plumphen Verdrehungsnummern. Zum Beispiel, daß vier Zweigbünde und Elsaß-Lothringen eigne Kassen führten und deshalb in der Bundeskasse nicht zur Geltung kämen. — Nur schade, daß diese Zweigbundes-kassen an derselben jammervollen Trockenheit leiden wie die Berliner Kasse und nichts abführen, weil sie nichts haben. Dann rechnen sie aber vor, daß 1908 nicht 3 000 000 Monatsbeiträge à 15 M an die Hauptkasse von den Mitgliedern abgeführt worden wären, sondern nur neun in Betracht kämen, und auf jedes Mitglied entfielen somit im Jahre 1908 nur M. 1,35. Dann beschwören sie sich, daß wir bei unserer Berechnung ihres Mitgliederstandes sogar den Kassenbestand des vorigen Jahres von ihrer diesjährigen Einnahme abgezogen hätten, während wir doch wissen müßten, daß von dem vorjährigen Kassenbestand noch die Reisegelder (gemeint sind wahrscheinlich die Reisegelder nach Kiel) ausbezahlt worden wären, wonach dann eigentlich ein kleines Defizit vorhanden gewesen wäre. „Ob uns dies unser Karlsruher“, d. h. unser damaliger Spezialberichterstatler in Kiel, nicht berichtet hätte. Auf das letzte gleich eingugehen, wollen wir nur sagen, daß unser Karlsruher uns dies allerdings nicht meldete; denn wenn er sich schon auch eine Weile unter den Gelben bewegte, war er doch noch schlau genug, um zu wissen, daß die Reisegelder eben nur in dem neuen Jahre verrechnet werden konnten, wenn vorher der Kassenabfluß dem gelben Bundesstage vorgelegen hatte. Der faule Witz zieht also nicht, sondern die im Protokoll des Kieler Bundestages erscheinenden M. 1828,51 sind eben von der diesjährigen Einnahme abzuziehen! Uebrigens — nebenbei gesagt — weiß der gelbe Kassierer offenbar selber nicht, was er der Welt für Zahlen aufzählen soll; denn entgegen dem vorjährigen offiziellen Protokoll wird in der jetzt vorliegenden Aufmachung von M. 2008,25 Kassenbestand von 1907 gesprochen, die mir abgerechnet hätten. Dann würden ja noch weniger tatsächliche Einnahmen in diesem Jahre zu verzeichnen gewesen sein und die Mitgliederzahl sich noch mehr verringern. Aber ihr Haupteinwand ist ja der, daß wir ihre Mitgliederzahl zu niedrig angegeben hätten, weil wir ihre Einnahme mit M. 1,80 statt mit M. 1,35 dividieren, also nicht berücksichtigt haben, daß die Mitglieder doch nicht alle zwölf Monate voll bezahlen. Und zur Strafe rechnen sie uns dann vor, daß die Zahl der Beiträge, die wir insgesamt im Jahre 1908 feststimmten — es waren 664 322 —, durch 52 geteilt, nur 12 775 Mitglieder in unserm Verbände ergebe! Auf die Urteilslosigkeit ihrer Leser bauend, ruft man triumphierend: Wo sind denn die andern Mitglieder?

Daß alle Mitglieder des gelben Bundes, auch wenn sie treue Anhänger ihrer schönen Sache sind, nicht immer am Jahreschluß zwölf Beiträge bezahlt haben werden und können, mußten wir ohnedies; auch jede andre Organisation rechnet ihren durchschnittlichen Mitgliederstand nur nach der Beitragszahl für neun bis zehn Monate oder 39 bis 44 Wochen. Am Jahreschluß ist die Mitgliederzahl stets eine höhere. Und wir haben in den letzten Wochen stets und ständig, auf Grund unsrer genauen Kenntnisse der Verhältnisse im gelben Bunde, behauptet, daß er alles in allem ungefähr 2000 Mitglieder hat. Es war aber natürlich interessant, nach der Veröffentlichung ihres Rassenberichts auch einmal zu zeigen, wieviel vollzahlende Mitglieder sie rechnerisch haben, und da gibt es nur die eine richtige Zahl von 1515! Natürlich immer angenommen, die Einnahmen rühren alle aus Beiträgen her, was ja, wie bekannt, noch gar nicht einmal der Fall ist. Und daß diese von uns in letzter Zeit stets behauptete Zahl von 2000 annähernd genau ist, ergibt sich ja auch, wenn man mit M. 1,35 die Einnahme teilt! Nämlich 2020!!! Und da hat die Gesellschaft noch die freche Stirn, von „jogenannter Wahrheitsliebe“ der Gegner zu reden.

Wie genau dagegen die Angaben über unsere Mitgliederzahlen stimmen, kann auch jeder nachrechnen. Die Beiträge für 39 Wochen, also 9 Monate, wie es die Gelben getan wissen wollen und wobei sie auf rund 2000 Mitglieder kommen, ergeben für uns eine Mitgliederzahl von 17 162. Die am Schluß des Jahres von den einzelnen Mitgliedschaften gegebenen Nachweise ergeben aber stets, daß die Zahl der Mitglieder eine etwas höhere ist, weil eben die Aufnahmen der letzten Monate und Wochen den Durchschnittsatz der geleisteten Beiträge noch etwas mehr herunter drücken. Und deshalb ergaben sich auch am Schluß des vorigen Jahres nicht nur 17 162, sondern 980 mehr, nämlich 18 092. Bei den Gelben beträgt die Differenz zwischen den 2020 Mitgliedern, die wir oben annahmen und den 10 038, die sie gerne haben möchten — 8018!!!

Merkt Euch das also, Mitglieder! Wer nach den detaillierten Abrechnungen, die wir diesmal der Freundlichkeit des Herrn Hartmann zu danken haben, jetzt noch die Behauptung aufstellt, der gelbe Bund habe über 10 000 Mitglieder, der lügt.

Ein Lied vom Streikbrecher.

Was ist ein Scob? Ein Kerl mit scheuem Blick,
Mit einem Blick, drin Angst und Lücke nisten;
Was säße eine Faust ihm im Gesicht,
Schleicht er dahin, geschützt von Polizisten.

Was will ein Scob? Für einen Hundelohn
Kampffrohe Streiter um den Sieg betrügen
Und als der Knechtschaft allerseitiger Sohn
Sich jedem Druck und jeder Frechheit fügen.

Was kann ein Scob? Demütigt und gebückt
Vor seines Slavenvogtes Peitsche kuscheln
Und, da ihm niemals gute Arbeit glückt,
Durch seine Blödsinnigkeit jedes Werk verpöscheln.

Zur Hölle, Scob, mit dir! Doch sei voll Ruh',
Zur Hölle fährst du nicht; wirst du begraben,
Wir wissen es: Mit einem Schuft, wie du,
Will selbst der Teufel nichts zu schaffen haben!

F l a m i n g o.

* Sprich: Scob. Bezeichnung der nordamerikanischen Arbeiter für einen Streikbrecher.